Nr. 174. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7678. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 29. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitags findet der diesjährige in München statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 14. September, abends 7 Uhr,

nach München in das Lokal:

Schwabinger Brauerei, Leopoldstr. 82

ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, 14. September, abends 7 Uhr: Vorversammlung. Konstituierung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, 15. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
2. Bericht der Controleure.
   Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
   Berichterstatter: E. Rosenow.
4. Die bevorstehende Reichstags-Wahl.
   Berichterstatter: A. Bebel.
5. Arbeiterversicherung.
   Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Kommunalpolitik.
   Berichterstatter: Dr. Lindemann.
7. Maifeier.
   Berichterstatter: R. Fischer.
8. Anträge zum Programm und Organisation.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Vorstandes und der Controleure.

Parteigenossen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags — wir verweisen nur auf die Verhandlungen über die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen — richtet der Parteivorstand die Aufforderung an Euch, die Vorbereitungen für den Parteitag — also die Wahl der Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 2. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der Partei-Organisation im „Vorwärts" veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und ev. weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Ludwig Pickelmann, München, Sendlingerstr. 20.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30

zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts" noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, 28. Juli 1902.

Mit socialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Die Tochter des Feldwebels.

Eine Haupt- und Staatsaktion zur „Ostmarken-Politik".

Das nachstehende Aktenstück ist nicht etwa, wie man vermuten könnte, eine giftige socialdemokratische Satire auf den preußischen Klassen- und Kastenstaat im allgemeinen und die neueste Polenpolitik im besonderen; es ist vielmehr die vertrauliche Bekenntnis- und Rechtfertigungsschrift eines der höchsten Beamten der Provinz Posen, die aber ungewollt in ihrer naiven Schlichtheit zu einem geradezu zerschmetternden kulturhistorischen Dokument zugleich einer possenreisen Krähwinkelei und einer besinnungslosen, jeder Mode frönenden, jedem Winke gehorchenden Schneidigkeitspolitik geworden ist.

Das Schriftstück war nicht für die Oeffentlichkeit, sondern nur für einige Freunde des gemaßregelten Beamten bestimmt. Es ist aber auch zu unsrer Kenntnis gelangt; und schon die flüchtige Durchsicht erwies, daß die große Oeffentlichkeit ein Recht darauf hat, dies Zeugnis borussischer Sitten kennen zu lernen. Wir drucken es unten wortwörtlich ab.

Vor einiger Zeit lief durch die Zeitungen die wunderliche Nachricht, daß der Provinzial-Steuerdirektor in Posen, Geheimer Ober-Finanzrat Löhning, sein Amt niederlegen mußte, weil er das Verbrechen begangen hatte, die Tochter eines — ehemaligen Feldwebels zu heiraten. Die Meldung las sich wie eine Scene aus Kotzebues „Kleinstädtern", man lachte und vergaß.

Nun aber kommt der Betroffene selbst und erzählt aktenmäßig den Hergang seiner Verabschiedung, und die staunende Welt erfährt, daß wochenlang die ganze Regierung und Verwaltung in aufgeregter Thätigkeit war, um den Skandal aus der Welt zu schaffen, daß ein Geheimer Ober-Finanzrat die Tochter eines ehemaligen Feldwebels zur Frau nimmt — anstatt sie nur, wie das sonst in hohen Kreisen üblich und moralisch ist — unverbindlich zu — — — „lieben". Es gab diätenschwere Dienstreisen, Konferenzen, Audienzen. Der preußische Finanzminister selbst — Rheinbaben heißt der interessante Herr — geruhte sich höchstselbst seinen glatt frisierten Kopf über das Problem zu zergrübeln. Während man glaubte, des Mannes Stirn sei wegen der schlimmen Finanzlage sorgenvoll bewölkt, erfahren wir jetzt, daß sein Zorn und Schmerz der Schmach galt, die jene Mesalliance über die preußische Monarchie gebracht. Wir sehen den armen Finanzminister körperlich vor uns, wie er sich bei dem seligen Hofmarschall v. Kalb in Schillers sämtlichen Werken Rats erholte, was in solch schrecklicher Lage zu thun. Der Selige erleuchtete ihn dann, und Herr v. Rheinbaben griff mit harter Hand ein und versetzte den Gemahl der Feldwebelstochter in den Ruhestand. Dabei wurde das neue preußische Sittengesetz aufgestellt, daß höchstens einem Ministerialrat noch erlaubt sei, derartige Mißheiraten einzugehen.

Auch der kommandierende General Posens sann zu jener Zeit nicht etwa über die Strategie gegen den Feind im Osten nach, sondern sein Gemüt war erfüllt mit Abscheu und Zorn ob der Entartung der Seele eines Geh. Ober-Finanzrats. Desgleichen wurde der Oberpräsident lebhaft beunruhigt — nicht etwa durch die Polenfrage, sondern durch die Tochter des ehemaligen Feldwebels. So stand die gesamte staatserhaltende Autorität unter dem Zeichen der furchtbaren Verlobung und Hochzeit — bis endlich der Verbrecher das Haupt auf den Block legte.

Bis hierher ist die Affaire nur eine ausgelassene Farce aus dem preußischen Mandarinentum, eine Probe und Prüfung jenes erhabenen germanischen Geistes, mit dem die sarmatische Dunkelheit des gegen solche Kultur sich sträubenden Kaninchenvolkes gewaltsam erfüllt werden soll. Allenfalls ist die Geschichte noch lehrreich für die Stellung eines preußischen Feldwebels, der sonst ja noch mehr als ein Stellvertreter Gottes ist und der hier als ein Paria erscheint, dessen Niedrigkeit noch an den Kindern eifervoll heimgesucht wird; denn also spricht Rheinbaben, der preußische Finanzminister: du sollst nicht heiraten die Tochter eines Feldwebels. Insofern ist die Episode komisch, kulturhistorisch aber nicht eben politisch.

Seine große politische Bedeutung erhält das Löhningsche Schriftstück erst durch den Einschlag der neuesten Polenpolitik. Man kann gespannt sein, ob die Hakatistenpolitik der Bülow und Rheinbaben die Peitschenschläge dieser Enthüllungen lange überleben wird. Die Rechtfertigung Löhnings bedeutet das **Panama der Polenpolitik!** Nicht als ob Löhning ein Rebell wäre. Er zeigt sich vielmehr als ganz korrekter Beamter, der bis an die äußerste für einen ehrlichen Mann zulässige Grenze geht, um den Wünschen der Regierung Rechnung zu tragen. Aber seine Schuld war es, daß er nicht geschmeidig genug war, um jede plötzliche Wendung und Windung des Berliner Kurses begeistert mitzumachen. Es war ihm nicht gegeben, die neueste überraschende Eingebung der Berliner Weisheit als Gipfel menschlichen Regierungsgenies zu bestaunen. Er empfand, wie jeder normale Mensch, den polnischen Husarenritt des Grafen Bülow als ebenso hart und ungerecht wie völlig sinnlos und zweckwidrig. Wir ersehen aus Löhnings Bemerkungen, daß sich die neue Polenpolitik nicht auf das Gutachten der in Polen thätigen höheren deutschen Beamten berufen kann; diese sind — nach dem Zeugnis Löhnings — durchweg von der Verkehrtheit dieser Politik überzeugt. Es giebt allerdings auch strebsame Beamte, die sogar **in neutralen Steuergesuchen die Ablehnung unter Hinweis auf die polnische Gesinnung des Petenten empfehlen!** Das ist die harmlose Germanisierungspolitik, die immer unschuldsvoll ihre Sanftmut beteuert und klagt über den Terrorismus der — Polen! Wir hören auch, daß es zu den Pflichten eines deutschen Beamten in Posen gehört, — verfassungswidrig! — seine Untergebenen zu zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu wählen. Löhning machte sich dadurch gerade verdächtig, daß er sich weigerte, in der gewünschten Weise das Recht zu beugen. Wir vernehmen ferner, daß laut allgemeiner — verfassungswidriger! — Anordnung, in der ganzen Provinz Posen kein deutscher Staatsbürger polnischer Abkunft in der Verwaltung Anstellung findet. So sieht das System aus, das bei jeder Gelegenheit in erheuchelte Klagen über die Rücksichtslosigkeit und die verfassungswidrige Agitation des Polentums ausbricht!

Immerhin hat sich neben dem vereinzelten hakatistischen Strebertum ein großer Teil der deutschen höheren Beamtenschaft noch so viel Einsicht bewahrt, daß er die jetzige Polenpolitik der Regierung für falsch hält. Sie kann sich nicht einmal auf die eignen Beamten berufen. Es steckt mithin auch hinter dieser Aktion, wie hinter den meisten andern Aktionen des neuen Kurses, ein völlig dunkles Geheimnis, das auch Löhnings Enthüllungen nicht aufklären.

Es wird Anlaß gegeben werden, auf das Dokument noch des öfteren zurückzukommen; wir lassen es nunmehr im Wortlaut folgen:

* * *

„Der Uebertritt des Unterzeichneten in den Ruhestand zum 1. Juli d. J. infolge seiner Wiederverheiratung hat nicht bloß in der Stadt und in der Provinz Posen, sondern überall Aufsehen erregt. In neuerer Zeit hat auch fast die gesamte Presse von der Angelegenheit Notiz genommen. Dies veranlaßt mich, nachstehend ein Exposé über dieselbe zu geben. Das Exposé ist nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, wie mir ja auch die Behandlung der Angelegenheit in Zeitungen nur peinlich sein kann. Ich behalte mir aber vor, das Exposé meinen näheren Bekannten mitzuteilen, um sie in den Stand zu setzen, ein zutreffendes Urteil über das gegen mich beliebte Vorgehen sowie über mein Verhalten dabei zu fällen.

Meine jetzige Frau ist die Tochter des hiesigen Regierungs-Sekretärs Coccius. Ich habe sie im vorigen Herbst im Taubertschen Lokal bei Gelegenheit einer Festlichkeit des Vereins der deutschen Katholiken Posens kennen gelernt. Unsre Verlobung fand am 17. Februar dieses Jahres nach einem Zusammentreffen auf der Eisbahn statt, nachdem ich Tags zuvor mit der Familie Coccius im Eichwald-Etablissement zusammen gewesen war. Als ich nach stattgehabter Verlobung abends nach Hause kam, fand ich einen Brief vor, ein anonymes Schreiben, worin ich gewarnt wurde, der Familie Coccius näher zu treten. Meine Annäherung an diese am gestrigen Tage im Eichwald-Etablissement habe Aufsehen erregt. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der

Vater Feldwebel gewesen

sei. Ich ging am nächsten Morgen zu dem mir bekannten, mit der Familie Coccius in einem Kegelklub verkehrenden Präbendar Klinke von der katholisch-deutschen Franziskanerkirche. Dieser bestätigte, daß der Vater meiner Frau früher Feldwebel gewesen. Die Familie Coccius sei durchaus ehrenwert, die Tochter, meine Braut, ein sehr feines, liebenswürdiges und tugendhaftes Mädchen. Er fürchte allerdings, daß die Publikation meiner Verlobung Aufsehen erregen werde, da in Posen der Kastengeist nach seiner Kenntnis der Verhältnisse in seltener Blüte stehe.

Ich begab mich noch zu der Frau Oberlandesgerichts-Präsident und bat sie, mich und meine Braut bei der Gesellschaft in Schutz zu nehmen. Schließlich ging ich, ich meine am 19. oder 20., zum Oberpräsidenten, um ihm die übrigens nicht vorgeschriebene Anzeige von meiner Verlobung zu machen. Derselbe war nach Berlin verreist.

Die Publikation der Verlobung erfolgte am 21. Februar in den Posener Zeitungen mit der Ueberschrift: Statt besonderer Anzeige. Von allen Spitzen und deren Frauen — mit Ausnahme des Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten sowie der Generalität — erhielt ich Gratulationskarten oder Schreiben zugesandt. Einige kamen mit ihren Frauen in meine Wohnung, um mir Glück zu wünschen.

Die Beamten der Direktion erschienen am Tage nach der Publikation in meinem Arbeitszimmer, Ober-Regierungsrat Gesch zusammen mit den Mitgliedern. Da niemand von meinem vorherigen Verkehr mit meiner Braut Kenntnis gehabt hatte, nahm ich die Gelegenheit wahr, den letzteren die Geschichte meiner Annäherung an sie zu erzählen.

Sodann erfreute ich mich des ungetrübten Besitzes meiner Braut bis zum 2. März d. J. An diesem Tage wendete sich die Sache. Ich bekam ein

Schreiben des Personaldezernenten im Ministerium,

des Geheimen Ober-Finanzrats Enke vom 1. März: „er habe mir eine amtliche Mitteilung zu bringen und ersuche mich, Montag, den 3., mittags, im Bureau zu sein."

Für den 27. und 28. Februar und 1. März hatte ich den Oberregierungsrat Gesch nach Berlin beurlaubt. Derselbe meldete sich am Montagvormittag, den 3. März, bei mir zurück. Auf Befragen gab er an, daß er im Finanzministerium beim Geheimen Oberfinanzrat Enke und **beim Finanzminister** selbst gewesen und von diesem **über meine Verlobung befragt worden** wäre.

Mittags um 12 Uhr erschien der p. p. Enke, der schon am Tage vorher, und zwar mit demselben Zuge, mit dem Gesch zurückkehrte, hier angekommen war.

Er sagte, daß der Minister **über meine Verlobung erzürnt sei.** Es seien verschiedene anonyme Briefe an den Minister gelangt, er, Enke, vermute, daß einzelne davon aus der hiesigen Direktion stammen. — Der Bureauvorsteher Rechnungsrat Piton hält es für ausgeschlossen, daß ein Beamter der Bureaus oder der Kanzlei eine solche Gemeinheit verübt hätte. — Der **Minister wolle, daß ich meine Pensionierung nachsuche,** er, Enke, rate mir dazu, ich sei dann ein freier Mann, ich gerlete ja dadurch, da ich vermögend sei, in keine Sorgen. Auch zog er einen Zettel hervor und sagte, **der Finanzminister sei ungehalten,** daß ich ihm **von meiner beabsichtigten Verlobung nicht vorher Mitteilung gemacht hätte.** Ich habe geäußert, ich könne nicht zur Disposition gestellt werden, der Minister könne mich nur versetzen. Ferner habe ich mich wiederholt den Mitgliedern gegenüber **abfällig** über

die Polenpolitik der Regierung ausgesprochen,

auch fragte er mich nach einer Stadtverordnetenwahl-Angelegenheit des Steuereinnehmers Michalski in Fraustadt, welcher

für einen Polen gestimmt

und trotz des Antrages des dortigen Landrats nicht entsprechend von mir zurechtgewiesen wäre. Enke ließ sich das betreffende Aktenstück geben.

Ich erwiderte dem Enke, daß ich mir meine Erklärung auf die Eröffnung vorbehalten müsse. Enke setzte noch hinzu, er und der Generaldirektor würden es bei dem Minister durchzusetzen suchen, daß mir beim Abschiede der

Rote Adlerorden II. Klasse

verliehen werde.

Im Laufe des Gesprächs erwähnte er noch, daß er bereits Tags zuvor eingetroffen, und daß der Oberpräsident über meine Verlobungsangelegenheit bisher nicht an den Finanzminister berichtet habe.

Enke hatte vormittags eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten gehabt.

Am nächsten Tage gegen Mittag begab ich mich zum letzteren. Derselbe hatte an diesem Tage bereits wieder eine Rücksprache mit dem Enke gehabt und einen Kanzleidiener zu mir gesandt, der mich bitten sollte, zu ihm zu kommen. Er sagte, daß er vorgehabt hätte, über meine Verlobungsangelegenheit an den Finanzminister zu berichten, und daß solches bisher noch nicht geschehen. Er äußerte sich dann wie folgt: „Sie haben sich mit der Tochter des Regierungssekretärs Coccius verlobt. Gegen die Persönlichkeit Ihrer Braut ist nach den eingezogenen Erkundigungen nichts einzuwenden. Aber **Sie können als Provinzial-Steuerdirektor nicht die Tochter eines ehemaligen Feldwebels heiraten,** ebensowenig wie ein Oberst die Tochter eines Feldwebels heiraten kann. **Ein Ministerialrat, ein Oberregierungsrat mag eine solche Heirat schließen.** Sie bekleiden als Provinzial-Steuerdirektor eine der ersten Stellen in der Provinz und **können solches nicht.** Diese Ansicht teilt auch der kommandierende General nach wiederholter Rücksprache. Die mir seitens des Geheimen Rats Enke mitgeteilten, vom Ober-Regierungsrat Gesch bekundeten **Aeußerungen zur Polenpolitik** können Ihnen — wörtlich —

„den Hals nicht brechen."

Betreffs Ihrer Verlobung haben Sie aber in Ihrer Stellung mit den nun einmal bei uns vorhandenen Anschauungen zu rechnen; Sie haben das nicht gethan, müssen daher die Konsequenzen Ihres Thuns tragen!" Im Laufe des Gesprächs kam dann meine Ueberführung in eine gleichrangige Mitgliederstelle einer Centralinstanz zur Sprache. Der Oberpräsident schien sich dafür zu interessieren, und glaube ich, daß er dem Ministerial-Kommissar einen entsprechenden Vorschlag gemacht oder einen besonderen Bericht dieserhalb an den Minister erstattet hat.

Als mich demnächst der Ministerial-Kommissar Enke fragte, ob ich mir die Sache überlegt hätte und meine Pensionierung nachsuchen wollte, erwiderte ich, daß ich letzteres nicht thäte. Enke las mir dann die Aussagen der inzwischen (am Tage zuvor abends oder an diesem Tage früh vormittags) von ihm vernommenen Herren, des Ober-Regierungsrats Gesch und des Geheimen Regierungsrats Mende vor, und ersuchte mich, mich darüber zu Protokoll zu erklären. Ich habe das wesentliche der gedachten Aussagen aus dem Gedächtnis niedergeschrieben.

Der Ober-Regierungsrat Gesch bekundet: Am Tage nach der Publikation meiner Verlobung, sei er, Gesch, mit den Mitgliedern zu mir gekommen, um mir zu gratulieren. Ich hätte ihnen die Geschichte meiner Verlobung erzählt, auch mitgeteilt, daß ich nach meiner Verlobung erfahren hätte, daß der Vater meiner Braut Feldwebel gewesen. Ich hätte dabei hervorgehoben, ich gehöre nicht zu den Beamten, welche zur Disposition gestellt werden könnten, der Minister könne mich nur versetzen.

Ich hätte wiederholt sowohl nach Schluß der Sitzungen den Kollegen gegenüber als auch bei andern Gelegenheiten mich

gegen die aggressive Polenpolitik

der Regierung ausgesprochen und in diesem Sinne auf die Mitglieder einzuwirken gesucht. Insbesondere hätte ich das Vorgehen der Regierung in Wreschen wiederholt kritisiert.

In Fraustadt seien ein polnischer Arzt und ein deutscher Katholik bei der Stadtverordnetenwahl in die Stichwahl mit zwei evangelischen Deutschen gekommen. Bei der ersten Wahl habe der Steuereinnehmer Michalski für die ersteren gestimmt, und die übrigen Beamten hätten bei der Wahl gefehlt. Der Landrat habe dieses in einem Schreiben mir mitgeteilt, mit dem Ersuchen, auf die Beamten einzuwirken, daß sie sich an der Wahl beteiligten und für die deutschen Kandidaten stimmten. Ich hätte eine **derartige Einwirkung für verfassungswidrig** erklärt, hätte gesagt, daß ich der Ansicht sei, es sei nicht schlimm, wenn in den städtischen Körperschaften auch die Minoritäten vertreten wären. Ich hätte gesagt, eine schriftliche Anweisung an die Beamten könne in der Presse und im Parlament ausgenutzt werden. Ich hätte ihn, den Gesch, nach Fraustadt entsandt, um die Beamten mündlich anzuweisen, sich an der Stichwahl zu beteiligen, und denselben die allerhöchste Ordre vorzulesen, wonach sie sich jeder Agitation gegen die Regierung zu enthalten hätten. Könne Michalski als Pole nicht für die Deutschen stimmen, so habe er sich der Wahl zu enthalten.

Der Geheime Regierungsrat Mende; dieser bestätigt im allgemeinen die von Gesch mitgeteilten Aeußerungen, will aber nicht behaupten, daß ich mit den Aeußerungen zur Polenpolitik eine besondere Absicht verbunden hätte. Die Aeußerungen hätten ihn tief gekränkt; auch hätte ich **ihn behindert, bei seinen Arbeiten der Regierungspolitik Ausdruck zu verleihen.** Ich bemerke zu der letzteren Bekundung, daß der größte Teil des Arbeitspensums dieses Herrn in den Berichten über Stempelerstattungs-Gesuche bei nicht zur Ausführung gekommenen Grundstücks-Kaufverträgen besteht. Bei diesen Berichterstattungen ließ er bei der Frage, ob die Ablehnung der Gesuche dem Minister anheimzugeben, öfter

das Verhalten der polnischen Gesuchsteller zur Polenpolitik

der Regierung eine Rolle spielen. Ich erinnere mich, daß ich in einem solchen Berichtsentwurf den ganzen bezüglichen Passus gestrichen habe, ohne indessen den auch ohnedies gerechtfertigten Antrag auf Ablehnung des Gesuches zu ändern. Bei seinen übrigen Arbeiten an der Polenpolitik der Regierung mitzuwirken fehlt es diesem Herrn nach der Natur seines nur beschränkten Arbeitsgebietes an jeder Gelegenheit.

Der Inhalt der Aussagen der beiden mir untergebenen Herren deckte sich mit dem, was Enke am Tage vorher mir in meinem Bureau mehr allgemein vorgehalten hatte. Es dürfte hieraus hervorgehen, daß der Ober-Regierungsrat Gesch davon bereits bei seiner Anwesenheit im Finanzministerium eingehende Mitteilung gemacht hatte. Die mir vorgehaltenen Aeußerungen konnte ich nicht völlig bestreiten; aber sie waren aus dem Zusammenhang gerissen und einseitig wiedergegeben.

Meine Erklärung wurde protokolliert und von mir unterschrieben. Enke äußerte noch unter anderm, daß der Oberpräsident die Angelegenheit objektiv beurteile — er wollte damit wohl auf die vom Oberpräsidenten vorgeschlagene Ueberführung in die Stelle bei einer Centralinstanz hindeuten. — Ich blieb bei meiner Weigerung.

Nunmehr wußte ich, woran ich war. Ich durchschaute jetzt das gegen mich zur Anwendung gebrachte Vorgehen des Ministerial-Kommissars. Der Minister hatte die angeblich eingegangenen anonymen Schreiben gar nicht an den hiesigen Oberpräsidenten zur Berichterstattung gesandt und auch einen Bericht des letzteren nicht abgewartet. Der Ober-Regierungsrat Gesch, der von mir für den 27. und 28. Februar und 1. März nach Berlin beurlaubt war, war offenbar am 28. Februar im Ministerium gewesen und hat dort über meine Verlobung Auskunft gegeben. Es ist hierbei hervorzuheben, daß der Gesch mit dem Oberst des hiesigen 6. Regiments, bei welchem der Regierungs-Sekretär Coccius früher Feldwebel gewesen, in einem Hause wohnt, und daß er erzählt hat, die Offiziere des 6. Regiments — Gesch verkehrt anscheinend mit diesen Offizieren, er ist selbst Hauptmann der Reserve — hätten ihn höhnend auf seine demnächstige

neue Ehefrau,

„die Tochter eines ihrer früheren Feldwebel", hingewiesen. Ich bemerke hier, daß meine jetzige Frau als Tochter des Bureau-Assistenten Coccius geboren ist. Schon am 2. März früh bekam ich den oben erwähnten Brief des Enke. Es erhellt, daß das Verfahren gegen mich auf Grund der Mitteilungen des Gesch im Ministerium vom Minister beschlossen war.

Ich sollte gehen. Zunächst mußte der Kommissar versuchen, mich in Güte zum Pensionierungsantrage zu bewegen. Als dieses versagte, sollten meine von zwei mir unterstellten Mitgliedern der Direktion bekundeten Aeußerungen zur Polenpolitik den nötigen Druck auf meine Entschließung ausüben.

Ich beschloß noch, um mich im Amte zu erhalten, eine

Eingabe an den Minister

zu richten.

Ich bat in dieser zunächst um Entschuldigung, daß ich von meiner beabsichtigten Verlobung und den obwaltenden Umständen ihm vorher keine Anzeige erstattet hätte und versicherte, daß dieses ohne alle Absicht unterblieben sei. Thatsächlich hatte ich an den Minister in den Tagen meiner Verlobung gar nicht einmal gedacht. Ich führte in der Eingabe ferner aus, daß meine Braut ein hochgebildetes Mädchen von vornehmem Aeußeren und mit anderen Vorzügen ausgestattet sei. Ich hätte kein Bedenken gehabt, mich mit ihr zu verloben, da ich der Ansicht sei, daß sie durch ihre Erscheinung und ihre sonstigen Vorzüge die Standesvorurteile leicht überwinden werde. Der Oberpräsident sei freilich andrer Ansicht. Ich bäte, wenn ich nicht hier bleiben könnte, mich im Wege des Stellentausches nach dem Westen zu versetzen, wo derartige Standesvorurteile nicht in solchem Maße beständen. Die mir noch vorgeworfenen Aeußerungen zur Polenpolitik könnten mich nicht erregen. An meiner Loyalität gegen die Regierung lasse ich keinen Zweifel aufkommen. Ich bäte ihn, mir eine Audienz zu bewilligen, um Rede zu stehen.

Am 8. März erhielt ich ein Schreiben des Oberpräsidenten, daß er mir eine amtliche Mitteilung des Finanzministers zu machen hätte. Am nächsten Tage las er mir in seinem Bureau aus einem an ihn gerichteten Erlaß des Ministers vor, daß der Minister meine Entschuldigung nicht gelten lasse und meiner Behauptung, ich hätte ohne Absicht die vorherige Anzeige unterlassen gegenüber der Bekundung des Ober-Regierungsrats Enke, wonach ich geäußert, ich könne nicht zur Disposition gestellt werden, keinen Glauben schenke. Ich hätte durch diese Unterlassung die

Pflichten meines Amtes verletzt.

Vollends hätte ich das Vertrauen zu mir erschüttert, durch meine Aeußerungen zur Polenpolitik, insbesondere auch durch mein Verhalten zur Fraustädter Wahlangelegenheit. Es könne für ihn meine Ueberführung in eine andre Provinzial-Steuerdirektor-Stelle nicht in Frage kommen, auch sei er nicht in der Lage, mich zur Ueberführung in eine andre Stelle zu empfehlen. Er könne mir nur

meine Pensionierung

und zwar zum 1. Juli d. J. offerieren. Ich ersuchte den Oberpräsidenten, mir eine Abschrift des Erlasses zu geben. Er erklärte, daß er dazu **nicht ermächtigt** sei. Er fragte mich, ob ich bereit sei, meine Pensionierung zu beantragen, er rate mir dazu. Ich wollte mir meine Erklärung vorbehalten. Er erwiderte, ich hätte mich

sofort

zu erklären.

Im höchsten Maße empört über das unerhörte Verfahren des Ministers gegen einen Provinzial-Verwaltungschef, der sich allgemeinen Ansehens sowie der Verehrung und Liebe der ihm unterstellten Beamtenschaft erfreut, gab ich die Erklärung ab: „Ich bin bereit, in Pension zu gehen", ohne Angabe von Gründen. Der Antrag wurde protokolliert und von mir unterschrieben.

Unter dem 24. März bekam ich ein Schreiben des Ministers, der bisher immer durch Kommissare mit mir verhandelt hatte, daß er meinen Antrag an allerhöchster Stelle unterbreitet habe. Das bereits vom 26. März datierte allerhöchste Demissoriale, wonach mir die erbetene Dienstentlassung unter Gewährung der gesetzlichen Pension in Gnaden gewährt wird, bekam ich erst mittels Schreibens des Finanzministers vom 14. April zugefertigt.

Im Vorstehenden habe ich kurz und gedrängt die Geschichte meiner Pensionierung gegeben.

Habe ich recht daran gethan, daß ich die mir aufgezwungene Pensionierung in Antrag gebracht habe? Ich glaube, ja.

Nach Eingang des Demissoriale habe ich mit mehreren hiesigen hochgestellten Herren über meine Angelegenheit Rücksprache genommen. Nach eingehender Mitteilung des Sachverhaltes gaben fast alle ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß hier

eine Ueberrumpelung

vorliege. Ich hätte dem Druck nicht nachgeben und die mir offerierte Pensionierung ablehnen müssen. Auf alle Fälle hätte ich es ablehnen müssen, mich gegen den Oberpräsidenten auf die Pensionierungs-Offerte sofort zu erklären, um zuvor noch in Ruhe die Sache mit andren überlegen zu können.

Was wäre aber die Folge gewesen, wenn ich den Antrag verweigert hätte?

Das förmliche auf Dienstentlassung gerichtete Disciplinar-Verfahren wäre nicht in Frage gekommen, auch nicht, wenn, was ich erst vorhatte, ich es selbst gegen mich beantragt hätte. Man sollte meinen, daß gegen einen Provinzial-Verwaltungschef von der Einleitung eines solchen Verfahrens überhaupt nicht die Rede sein könnte; jedenfalls ist dies in der Geschichte des preußischen Beamtentums wohl bisher nicht vorgekommen. Im vorliegenden Fall hätte der Minister es gar nicht gewagt der öffentlichen Meinung gegenüber. Worauf wäre wohl die Anklage bei dem Disciplinarhof zu gründen gewesen? Auf meine Verheiratung mit der Tochter eines Subalternbeamten? Auf meine anti-hakatistischen Aeußerungen zur Polenpolitik? Oder auf beide Umstände? Ein Sturm der Entrüstung würde sich dagegen in der Beamtenwelt nicht minder wie im Publikum erhoben haben. Das Disciplinarverfahren mit der Absicht meiner unfreiwilligen Entfernung aus dem Dienste wäre sicher auch ohne Erfolg geblieben.

Der Minister kann nicht die Zurdispositionsstellung eines Provinzial-Steuerdirektors veranlassen, wenigstens in den alten Provinzen gehören die Provinzial-Steuerdirektoren nicht zu den politischen Beamten, welche mit halbem Gehalt zur Disposition gestellt werden können. Aber der Minister hat die Befugnis, einen Provinzial-Steuerdirektor ohne weiteres in ein andres Amt von gleichem Range zu versetzen. Das scheint der hiesige Oberpräsident im Auge gehabt und dem Minister in Bezug auf meine Person anheimgestellt zu haben. Eine solche Versetzung wäre die Folge meiner Weigerung gewesen. In der Stellung als Provinzial-Steuerdirektor hätte der Minister nach den mir gemachten Eröffnungen, ohne seine Autorität zu vergeben, mich nicht mehr belassen können. Es wäre ihm nur übrig geblieben, meine Ueberführung in ein Amt bei der Centralinstanz zu veranlassen. Mit dieser Versetzung wäre mir nicht und gewiß auch nicht dem Ansehen der Provinzial-Steuerdirektoren gedient gewesen. In einer solchen Versetzung würde ich und jedermann eine Degradation erblickt haben. Der Antrag auf Pensionierung war der einzige Ausweg. Aber nicht bloß diese Erwägung rechtfertigt es, daß ich meine Pensionierung beantragt habe.

Ich hielt es vor allem auch

unter meiner Würde,

nach den mir durch den Oberpräsidenten gemachten Eröffnungen des Finanzministers, **nach solchem Vorgehen gegen mich fernerhin noch ein Untergebener dieses Ministers zu sein.**

Meinen Empfindungen über das Verfahren gegen mich, den Gefühlen, welche mich dabei überkamen und noch heute, und zwar nach eingetretener Beruhigung, in verstärktem Maße beseelen, brauche ich keinen Ausdruck zu geben. Nach Erledigung der Angelegenheit beklagte ich denn auch nicht gegen meine Bekannten meinen bevorstehenden Abgang, sondern freute mich desselben.

Die mir vorgeworfenen Aeußerungen zur

Polenpolitik

haben an sich mich in keiner Weise zu dem Pensionierungs-Antrage bestimmt. Freilich bin ich, wie die **große Mehrzahl der höheren Beamten der Provinz, ein Gegner des schroffen Vorgehens in der Polenpolitik,** des sogenannten Hakatismus. Ich kann aber nicht umhin, hier anzuführen, daß ich erst einige Monate vor meiner Verlobung an den Ministerial-Kommissar Enke ein Schreiben gerichtet habe, worin es wörtlich heißt: Ich halte den Hakatismus und dessen gegenwärtigen Einfluß für **verderblich für die Provinz** und geradezu **schädigend für das Deutschtum."** Dieser Kommissar war also über meine anti-hakatistischen Ansichten wohl unterrichtet. Dem jetzigen Oberpräsidenten selbst habe ich bei Gelegenheit gesagt, daß ich bei meiner milden Gesinnung für die Ausführung der jetzigen Polenpolitik nicht der geeignete Mann sein würde; unsre Verwaltung habe **zum Glück mit der Polenpolitik nichts zu thun,** ich beneidete Die betreffenden Herren nur ihre Stellung nicht. Demselben Oberpräsidenten gegenüber habe ich die

Wreschener Affaire

für einen Fehler erklärt, worauf er erwiderte, er halte sie für unerfreulich, er hätte sie nicht herbeigeführt und nicht verhindern können, die in dem gegen mich geführten Verfahren maßgebenden Personen kannten also meine Anschauungen über die Polenpolitik.

In den hiesigen geselligen Kreisen bildete die Politik selbstverständlich ein ständiges Thema der Unterhaltung. Mit den meisten habe ich eine Uebereinstimmung der Ansichten konstatieren können. Der Hakatismus findet besonders auch in dem höheren Beamtentum der Stadt **Posen nur wenige Befürworter.** In dem nun einmal bestehenden Kampfe zwischen Polen und Deutschen in den gemischten Provinzen sollten alle Hetzereien und jede verletzende Schärfe, die stets nur schadet, vermieden werden. Habe ich mich gegen die nutzlose Verfolgung der Polen in ihren Vereinen und in ihrer Presse ausgesprochen, so habe ich die Förderung des Deutschtums durch positive Maßnahmen stets um so kräftiger befürwortet: Eine verstärkte Ansiedelung von Deutschen z. B. habe ich bei der stärkeren Vermehrung der polnischen Bevölkerung und der Flucht der Deutschen aus dieser Provinz stets gebilligt. Freilich besteht das Bedenken, daß die Polen zu dem Ansiedelungsfonds mit ihren Steuern beitragen müssen. Man fördere überall das Deutschtum, und zwar

in ruhiger, stiller Weise,

ohne deshalb viel Aufhebens zu machen. **Die Polen lasse man aber in Ruhe und zufrieden.** Das ist die Auffassung, welche ich stets vertreten habe. Ich habe nie wahrgenommen, daß diese meine Auffassung über die Polenpolitik mir in der Führung der mir anvertrauten Verwaltung hinderlich gewesen wäre. Unsre technische Zoll- und Steuerverwaltung steht außerhalb des politischen Kampfes der Parteien. Im übrigen werden **Polen** in der hiesigen Provinz in unsrer Verwaltung **nicht mehr angestellt.** Daß beruht auf **allgemeiner Anordnung.**

Das mir zum Vorwurf gemachte Verhalten gegen den Steuereinnehmer Michalski in der

Fraustädter Wahlangelegenheit

halte ich für ganz korrekt. Ich führe dazu noch an, daß der Michalski in der Stichwahl nicht etwa der Wahl sich enthalten, sondern **aus Furcht vor dem Verluste seines dortigen Amtes und vor seiner Versetzung in eine andre Provinz für die deutschen evangelischen Kandidaten gestimmt hat.**

Mit zahlreichen angesehenen Männern der Stadt und Provinz Posen weiß ich mich eins in der Beurteilung der Polenpolitik. Schwerlich wird von diesen einer es verstehen, wie die mir vorgeworfenen Aeußerungen und mein Verhalten zur Polenpolitik einen Anlaß zu meiner Pensionierung bieten könnten. In Wirklichkeit bin ich durch Intrigue und verächtliche Angeberei

ein Opfer der Standesvorurteile

und des Kastengeistes geworden."

Das seitens des Finanzministers in Anwendung gebrachte Verfahren gegen einen Provinzial-Steuerdirektor, der sich allgemeinen Ansehens erfreut und dessen Verwaltung auch stets die Anerkennung desselben Ministers gefunden hat, hat nicht bloß in der Provinz Posen, sondern weit darüber hinaus Verwunderung und Unwillen hervorgerufen. Ich bemerke dazu, daß mir mittels Erlaß des Finanzministers Miquel vom 26. Juni 1900 die bedeutendste Provinzial-Steuerdirektorstelle der Monarchie, die der Rheinprovinz, angeboten worden ist. Ich habe sie neben andern Gründen hauptsächlich in Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Vakanz der Stelle für Schleswig-Holstein abgelehnt, auf welche ich mir seit langer Zeit Hoffnung gemacht hatte. Leider habe ich letztere Stelle nicht erlangt. Auf mein Gesuch vom 12. Januar 1901 um Verleihung dieser Stelle wurde mir durch Erlaß des Finanzministers vom 21. April 1901 eröffnet, daß demselben aus dienstlichen Rücksichten nicht habe entsprochen werden können. „Indessen solle mein Wunsch um Versetzung von Posen bei erneut sich bietender Gelegenheit in wohlwollende Erwägung gezogen werden." Im Sommer vorigen Jahres kam dann unerwartet die Stelle des Provinzial-Steuerdirektors in Danzig zur Erledigung. Um diese habe ich mich nicht förmlich beworben, aber schriftlich meinen Wunsch um Versetzung dahin dem Personaldecernenten, Geheimen Oberfinanzrat Enke, übermittelt.

Auch diese Stelle ist mir nicht übertragen worden. Enke teilte mir demnächst mit, „die Entschuldigung, Sie nicht zu berücksichtigen, ist dem Minister schwer geworden. . . Jedenfalls hat der Minister — der Generaldirektor und ich hatten ihre Berücksichtigung befürwortet — schweren Herzens darauf verzichten müssen, Ihrem Wunsche statt zu geben. Er hatte, um Ihren Wünschen nachzukommen, verschiedenes versucht usw."

Aus allen diesem geht hervor, daß meine hiesige Verwaltung eine tadellose gewesen und als solche auch **gerade von dem jetzigen Minister anerkannt** ist.

Im Publikum ist mir stets die größte Achtung entgegengebracht worden. Ich genoß das Vertrauen der Handel- und Gewerbetreibenden, sowie der Besitzer, welche mit unsrer Verwaltung zu thun hatten, in hohem Maße, einerlei, welcher Nationalität und welcher politischen Partei dieselben angehörten. Die mir unterstellte zahlreiche Beamtenschaft der Provinz ist mir von Herzen zugethan, sie erachtet meinen Abgang als einen schweren Verlust. Am 27. Januar dieses Jahres hatten die hiesigen Zoll- und Steuer-Beamten nach Schluß des offiziellen Kaisergeburtstags-Essens einen Kaisergeburtstags-Kommers veranstaltet. Sämtliche Direktionsmitglieder nahmen mit mir daran

teil, es waren über 100 Beamte zugegen. Im Laufe des Kommerses brachte der hiesige Hauptamts-Dirigent, Steuerrat Kollmann, einen Toast auf den hiesigen Chef der Verwaltung aus, der, wie er wörtlich sagte, es verstand, durch seine Liebenswürdigkeit, durch seine Gerechtigkeitsliebe 2c. sich, wie selten ein Vorgesetzter, die allgemeine Achtung und die Verehrung und Liebe aller seiner Untergebenen zu erwerben. (Bericht der „Posener Zeitung" vom 29. Januar dieses Jahres.)

Posen, im Mai 1902.

Löhning,
Geheimer Ober-Finanzrat und Provinzial-Steuerdirektor.

Politische Uebersicht.

Die Klerikalen auf der Straße.

Paris, 27. Juli. (Eig. Ber.) Die Ausführung der Schließungsdekrete vom 25. Juli gegen die auflässigen Ordensschulen ist im Seine- und im Rhône-Departement (Paris und Lyon) ohne nennenswerten Zwischenfall erfolgt.

In Paris hat sich selbst das neue „Fort Chabrol" friedlich ergeben, die verbarrikadierte Nonnenniederlassung der Saint-Maurstraße, die nach dem Beispiel Jules Guérins von vor drei Jahren es auf eine Belagerung hatte ankommen lassen wollen. Ihre männlichen „Verteidiger, an die 50 Mann, hatten an ihrer Spitze den ehemaligen Lieutnant Guérins und derzeitigen Redacteur des „Antijuden", Girard, und den royalistischen Kandidaten in den letzten Kammerwahlen, Jaume. Die rasche Kapitulation der Veste erklärte sich, wie die glatte Ausführung der Dekrete überhaupt, aus der Drohung der Regierung, die Mutter-Kongregationen für die Widerspenstigkeit der Filialen haftbar zu machen, d. h. sie aufzulösen, wozu das Vereinsgesetz die Regierung berechtigt. Die Drohung hat gewirkt: die verbarrikadierten „guten Schwestern" erklärten gleich in aller Unschuld, sie wären wider ihren eignen Willen von der antisemitisch-royalistischen Mannschaft verbarrikadiert worden. Die angeblich eigenmächtigen Verteidiger aber fügten sich mit der gleichen Fixigkeit wie die Nonnen.

In der Bretagne und in der Vendée dürften allerdings die Dekrete weniger glatt durchgeführt werden. Der klerikale Widerstand dauert dort ungeschwächt fort. In einzelnen Fällen üben dort die Klerikalen einen terrorisierenden Druck auf die kleine antiklerikale Minderheit. Vorab die Unternehmer. Im Orte Torfou schloß ein Fabrikant seinen Betrieb für einen Tag mit der „Einladung" an die Arbeiter, gegen die Regierung zu demonstrieren. Zwei Arbeiter, die der „Einladung" nicht gefolgt waren, wurden entlassen. Ferner werden die **Arbeiter gezwungen, ihre Kinder aus der Weltschule zurückzuziehen — unter der Strafe der Entlassung. . .**

Aber auch in Paris selbst ist ein Fall von Unternehmerdruck zu Gunsten der „guten Schwestern" zu verzeichnen. In einer Fabrik mit 600 Arbeiterinnen erklärte die Direktion, am Freitag den Vormittag denjenigen freigeben zu wollen, die gegen die Schließung der Ordensschule der Haiesstraße zu protestieren wünschten.

Haben sich die Kongregationen in Paris dem Gesetze gefügt, so denken ihre politischen Hinter- und Vordermänner nicht daran, die geräuschvolle Agitation einzustellen. Gestern abend nach der Ausführung der Dekrete kam es wieder zu tumultuarischen Auftritten im Anschluß an eine klerikal-nationalistische Protestversammlung, in welcher François Coppée, der aus dem Komitee der „Vaterlandsliga" ausgetretene Ehrenpräsident, und Jules Lemaître, der effektive Präsident der Liga, wieder einträchtig das große Wort führten. Die socialistischen und radikalen Organisationen hatten ihrerseits eine zweite Gegenkundgebung auf der Straße in der Nähe des Versammlungslokals der Klerikal-Nationalisten veranstaltet. Diese zweite Gegenkundgebung wurde von der Polizei noch brutaler behandelt als die erste vom Mittwochabend, unter andern wurde der socialistische Abgeordnete Clovis Hugues zeitweilig verhaftet.

Für heute nachmittag haben Klerikale und Antiklerikale eine Kundgebung bezw. Gegenkundgebung auf dem Concordienplatz, in der Nähe des Elysée-Palastes und des Ministeriums des Innern, veranstaltet.

Die Klerikalen laden insbesondere die „Familienmütter" ein. Als Wortführerinnen der „französischen Mütter" im Protest gegen die „Tyrannei" geberden sich u. a. die Baroninnen Reille, Gattinnen der Kohlenbarone, der knechtenden Ausbeuter des Tarn-Departements, die Zuckermillionärin Lebaudy, deren Arbeiterinnen für Hungerlöhne arbeiten müssen . . .

Es ist an der Zeit, die nüchternen Ziffern sprechen zu lassen, um zu zeigen, daß das Gezeter der Klerikalen, wie die Triumphrufe der Antiklerikalen in gar keinem Verhältnis zum wirklichen Kampfobjekt stehen. Die fürchterliche Aktion der Regierung erstreckt sich auf 2500 Schulen, die selbst nach den gewiß nicht bescheidenen klerikalen Angaben im ganzen **150 000** Schülern und — meist — Schülerinnen umfassen. Nun ist das aber ein ganz kleiner Bruchteil der in klerikalen Primarschulen unterrichteten Kinder. Nach dem letzten Statistischen Jahrbuch Frankreichs gab es 1899 überhaupt **5 430 494** Kinder in schulpflichtigem Alter. Davon aber wurden 1 583 779 Kinder in 4725 öffentlichen, von den Gemeinden unterhaltenen Ordensschulen unterrichtet, d. h. in solchen, die bis dahin, 13 Jahre nach dem Gesetz über die Verweltlichung der Schule, noch immer nicht verweltlicht worden sind. Damit jedoch nicht genug. Die Zahl der privaten Ordensschulen betrug im gleichen Jahre 13 755. Im ganzen gab es also 1899 — **18 480** klerikale Primarschulen, deren Schülerzahl mindestens wohl auf **dritthalb Millionen** angesetzt werden darf, indem seit 1899 die Verweltlichung der öffentlichen Ordensschulen in demselben Schneckentempo vor sich ging wie vorher.

Man sieht, wie es in Wirklichkeit um die „Vernichtung" des klerikalen Schulunterrichts durch die bisherige Regierungsaktion steht. Obendrein hat die Regierung von ihren Schließungsdekreten ausgenommen: 1. Die mit Waisenasylen und Kinderbewahranstalten verbundenen Ordensschulen; 2. diejenigen Schulen, deren Inhaber ein „Schutzdekret" vorweisen können, das die Kongregationen z. B. berechtigt, bloß ein Terrain oder ein Gebäude zu erwerben, und mag das Schutzdekret aus der Zeit des zweiten Kaiserreichs oder der zweiten Republik stammen; 3. die Schulen derjenigen Kongregationen, die nachweislich im „guten Glauben" keine Genehmigung nachgesucht haben. Alle diese Ausnahmen werden die Zahl von 2500 Schulen gewiß noch erheblich vermindern.

Danach werden auch die Zöglinge der wirklich geschlossenen Schulen ohne besondere Schwierigkeiten in den weltlichen Schulen untergebracht werden können. In Paris namentlich giebt es nach der Mitteilung des Primarschuldirektors des Seine-Departements **7640 freie** Plätze in der Knaben- und **7574 freie** Plätze in den Mädchenschulen, — bedeutend mehr als die Schülerzahl der in Paris geschlossenen Ordensschulen, die hier übrigens als Konkurrenzanstalten gegenüber den weltlichen Schulen fungierten. —

* * *

Der Versuch der Klerikalen, durch die Macht der Straße ihre umstürzlerische Auflehnung gegen die keineswegs rigorosen Gesetze zu stützen, ist am Sonntag schmählich gescheitert. Die Socialisten veranstalteten eine Gegenkundgebung und in der gewaltigen Masse des Proletariats wurde das Häuflein der Kuttenapostel zerdrückt.

Die Socialisten, welche rote Blümchen im Knopfloch trugen, füllten den Platz schon um 3 Uhr in einer Menge von nahezu 10000. Ihre Zahl wuchs seitdem immer mehr an. Die klerikalen Manifestanten, darunter viele Frauen und Mädchen, sahen sich bald auseinander getrieben und auf die Umgebung des Platzes gedrängt, wo ihre schwache Protestation im brausenden Gesang der revolutionären Lieder, der vom Platz ertönt, ohnmächtig unterging. Hin und wieder gelang es — so wird der „Frkf. Ztg." telegraphiert — einer Schar, sich in den Champs Elysées zu sammeln; sie schreien: „liberté, liberté!" und drängen nach der Avenue Marigny, wo das Ministerium des Innern ist. Doch wirft sie die Polizei jedesmal zurück und sie lösen sich in der Masse der Socialisten auf. Unter diesen Umständen ist die Sammlung der Klerikalen und der geplante Zug nach dem Ministerium des Innern und Elysée unmöglich. Es kam im Gedränge zu unzähligen Prügeleien und Verhaftungen; auch mehrere Geistliche, die sich an den Kundgebungen beteiligten, wurden von der Polizei abgeführt.

Die Kundgebung auf der Place de la Concorde erreichte um 5 Uhr ihren Höhepunkt. Es mochten sich zu dieser Zeit wohl 15 000 Personen dort angesammelt haben. Der klerikale Abgeordnete Auffray versuchte vom Denkmal der Stadt Rouen herab eine Rede zu halten, wurde aber erkannt und herabgerissen. Die berittene Garde hatte Mühe, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Einige, die von ihr zurückgedrängt wurden, stürzten sich auf das Trottoir und warfen von dort aus die unter den Bäumen stehenden Stühle zwischen die Beine der Pferde. Mehrere Pferde scheuten und sprengten gegen die Manifestanten. Zwei Gardisten stürzten ab, sechs Manifestanten wurden verwundet.

Um 6 Uhr begann sich die Place de la Concorde zu lichten. Nachdem die Klerikalen das Feld geräumt haben, lösen sich die Socialisten in Gruppen auf, die langsam die „Carmagnole" singend und „Nieder die Jesuiten!" rufend abziehen.

* * *

Die Klerikalen scheinen schnell verzichtet zu haben, auf der Straße für die heilige Sache zu kämpfen.

Ein Telegramm berichtet: Die Führer der Klerikalen und Nationalisten haben auf **weitere Straßen-Demonstrationen** und den Appell an die Massen **verzichtet.** Eine Sonntag spät abgehaltene vertrauliche Besprechung unter Vorsitz de Mun's hat dahingehende Beschlüsse gefaßt.

Ein weiteres Telegramm meldet: Beim Ministerium des Innern eingegangene Berichte stellen fest, daß in mehr als 50 Departements alle kongreganistischen Niederlassungen sich freiwillig aufgelöst haben und die Verwaltungsbehörden daher keinen Anlaß zum Einschreiten haben.

* * *

Deutsches Reich.

Als eine Art agrarischer „Hochverräter" hat Graf Caprivi die Landwirtsbündler betrachtet. In einem Brief vom 17. März 1895, den der „Tag" veröffentlicht, ist zu lesen:

. . . In Bezug auf die Agrarier sehe ich schwarz und **scheint mir eine Revolution auf agrarischer Basis nicht unmöglich und für den Augenblick gefährlicher als eine socialdemokratische.** Geht die agrarische Agitation so weiter, wer will sie eindämmen? . . . Bedenklich ist auch die Rückwirkung der agrarischen Hetze auf unser Offiziercorps, das in erheblichen und einflußreichen Teilen mit dieser Bewegung zusammenhängt. Wenn unser **Junker** anfängt, seine **Gesinnungen von seinen Einnahmen abhängig zu machen,** und wenn er zur Bedingung seines Royalismus macht, daß der Staat Unmögliches für ihn thun soll, dann ist schon das Beste in unsrem kleinen Adel, seine staatliche Gesinnung, zerstört und sein Wert für den Staat so reduciert, daß man sich fragen kann: **lohnt es dem Staate noch, für diese Klasse Opfer zu bringen?**

Die Junker wußten wohl, warum sie den Grafen Caprivi selbst übers Grab hinaus haßten und verfolgten!

Die vorausgesagte „Revolution auf agrarischer Basis" ist inzwischen eingetreten; sie besteht in dem — Zolltarif der Grafen Bülow-Posadowsky, der den „Markstein" Caprivis dynamitiert hat. —

„Nach Afrika, nach Kamerun . . ."

In der „Vorwärts"-Nummer vom 26. Juli brachten wir einen Auszug aus dem Briefe eines beim Bahnbau in Deutsch-Südwest-Afrika beschäftigten Metallarbeiters zur Kenntnis der Leser, worin das Kolonialamt als Arbeitgeber charakterisiert wurde. Jetzt ist auch dem „Hamburger Echo" ein Brief aus Windhoek (Deutsch-Südwest-Afrika) zugegangen, in dem ein andrer Arbeiter seine dortigen Erlebnisse schildert. Es heißt da:

Wohl mögen 120 M. mit Kost oder 250 M. ohne Kost pro Monat in Deutschland ein schönes Stück Geld bedeuten, aber hier in Windhoek kommt die Fristung eines halbwegs menschenwürdigen Daseins auf 7 M. täglich. Eine Flasche Bier kostet 2 M., ein Paar Schuhe kommen auf 20 M., eine schlechte Cigarre kostet 50 Pf., ein Schnaps 1 M., ein schlechter Anzug, für den man in Deutschland 15 M. bezahlt, ist hier nicht unter 50 bis 70 M. zu haben. Auch im übrigen ist der Aufenthalt hier wenig verlockend. Ueberall nur Sand, Steine und Dornensträucher, und die Rinderpest verteuert das Fleisch immer mehr. Auf einen Civilisten kommen drei Offiziere und Soldaten, das übrige sind Missionare, welche mit Schwarzen handeln (!) Die Hafenbau- und Bahnarbeiter wohnen zu vier bis zwölf Mann in einem Zimmer, was in Anbetracht der herrschenden Hitze auch nichts Angenehmes bedeutet. Bei geringen Vergehen werden gleich 10—60 M. vom Monatslohn abgezogen usw.

Auch aus diesem Schreiben geht hervor, daß unsre afrikanischen Kolonien kein günstiger Aufenthalt für deutsche Arbeiter sind. Weder die Behandlung noch die Entlohnung sind derart, daß sich ein geschulter Arbeiter in jener unwirtlichen Gegend wohlfühlen könnte, und die dort herrschende Teuerung raubt auch dem sparsamsten Menschen die Gelegenheit, sich einige Groschen auf die Seite zu legen. Von Zeit zu Zeit gehen Aufrufe durch die Blätter, in denen deutsche Auswanderer wohl mit Recht davor gewarnt werden, in gewissen südamerikanischen Republiken ihr Glück zu versuchen. Es wäre aber wohl ebenso gut angebracht, auf das dringendste von einer wenn auch nur vorübergehenden Auswanderung nach unsren eignen Kolonien abzuraten. Kann sich das deutsche Kolonial-Amt nicht zu einer den dortigen Verhältnissen entsprechenden Aenderung der Arbeitsbedingungen entschließen, so mag man es dem Minister mit seinen Geheimräten überlassen, ihre afrikanischen Bahnen gefälligst selbst zu bauen. —

Neue Lorenzeleien. Nach dem glorreichen Kampf mit Fälschungen und Denunziationen tritt jetzt auch die „Post" den feigen Rückzug an, indem sie auch auf der Flucht noch dem alten Handwerk treu bleibt. Für die „Post"-Kriege gegen die Socialdemokratie sind nämlich drei Dinge unentbehrlich: Fälschen, Fälschen und nochmals Fälschen!

Jetzt thut nämlich die „Post" so, als habe sie nur den revolutionären Charakter der Broschüre Kautskys hervorgehoben, und als habe der „Vorwärts" das geleugnet. Eine zu blöde Erfindung! Wie hätte der „Vorwärts" den revolutionären Charakter der Broschüre leugnen können, da ja die ganze Schrift dem Nachweis gewidmet ist, daß die Socialdemokratie in dem von Kautsky genau definierten Begriff revolutionär sei und bleiben müsse.

Die „Post" aber hatte etwas andres fälschend behauptet — und das haben wir als elende Fälschung an den Pranger gestellt —, daß die Socialdemokratie entschlossen sei, im Falle eines auswärtigen Krieges hochverräterisch zu meutern, es sei denn daß ihr zuvor Konzessionen gemacht würden. Und wenn die „Post" jetzt Bebelsche Ausführungen aus Volksversammlungen zu Hilfe ruft, so haben diese mit der Lorenzschen Denunziation nichts zu thun, sondern sie beziehen sich lediglich auf die auch von Kautsky erörterte historische Möglichkeit, daß im Falle eines großen europäischen Krieges die Socialdemokratie berufen sein könne, ihre weltgeschichtliche Mission zu erfüllen und inmitten eines allgemeinen Zusammenbruchs Vaterland und Kultur zu retten; Lorenzschen Banden möchten wir allerdings dann das Schicksal des Volkes nicht überlassen.

Wir sehen weiteren Fälschungen des Herrn Max Lorenz und der „Post" mit Gleichmut entgegen; vielleicht bemüht er aber ein wenig seinen Witz und treibt die Gaunerei ein wenig feiner und origineller. —

Ausland.

Englisch-chinesischer Handelsvertrag.

Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß wahrscheinlich die Likingfälle, d. h. die Provinzialzollabgaben, die in China beim Uebergang der Waren von einer Provinz in eine andre erhoben werden, in Wegfall kommen würden, da England die Aufhebung dieser Gefälle als Grundbedingung für den Abschluß eines Handelsvertrages gestellt habe. Jetzt melden die „Times" darüber Näheres aus Shanghai: Der Vertragsentwurf, der von der chinesischen Presse in günstiger Weise besprochen wird, enthält 13 Artikel, die alle bedingungslos von der chinesischen Regierung angenommen sind und denen allen auch England zugestimmt hat mit Ausnahme des Artikels 8, der die Vorschläge der chinesischen Regierung bezüglich der Likinzölle enthält, deren Abschaffung noch der Zustimmung der englischen Regierung harrt.

Die ersten sieben Artikel beziehen sich auf die Abmachungen über die Eintragung der Handelsmarken, der Lager für unverzollte Waren, die Schiffahrt auf dem Yangtse- und den Kantonflüssen und die Einführung einer nationalen Währung. Artikel 9 bestimmt, China solle innerhalb eines Jahres nach Unterzeichnung des Vertrages eine Revision der bestehenden Berggesetzgebung vornehmen. Artikel 10 enthält eine neue zufriedenstellende Regelung der Binnenschiffahrt und öffnet Kongmun am Westflusse als neuen Vertragshafen. Die Artikel 12 und 13 enthalten die Erklärung der Bereitwilligkeit der englischen Regierung, China in seiner Reformpolitik zu unterstützen.

Artikel 8 bildet den Kernpunkt des ganzen Vertrages. Er bestimmt, daß für die Erhebung einer Zuschlagsabgabe, die eineinhalbmal so groß sein soll, als der nach dem Protokoll von 1901 zur Erhebung gelangende Zoll, China alle Likinzölle und Zollämter und jegliche Art der Besteuerung britischer Waren abschafft und diese, wo sie sich auch befinden mögen, gegen jede Abgabenerpressung und Transporterschwerung schützt. Der Artikel soll mit Januar 1904 in Kraft treten.

China eröffnet mit dem gleichen Zeitpunkt Tschangscha, Ngankin, Wanhsien und Waitschou als Handelshäfen. —

Amerika.

Bürgerkrieg auf Haiti. Eine im Bezirk Artibonite und andern dem General Firmin anhängenden Bezirken gebildete Armee ist in Lamboc eingerückt und marschiert auf Cap Haïtien. Saint Raphael ist von den Truppen eingeschlossen; die Truppen aus Port au Prince sind geschlagen. —

Afrika.

Die Hoffnungen der Boeren. In einer Versammlung in Paarl hielten Botha und Delarey Ansprachen an die Anwesenden. Botha sagte: Ganz Südafrika steht jetzt unter einer Fahne. Müssen wir sagen, wir sind besiegt worden? Nein. Eine dunkle Zukunft liegt vor uns, aber der Glaube und die Hoffnung werden uns hindurchführen. **Afrika ist unser Vaterland,** unsre Erbschaft, auf das unsre Geburt uns ein Anrecht giebt. Wir sollten danach streben, Afrika zu einem glücklichen Heim zu machen, und gemeinsam daran arbeiten, die heranwachsende Generation so zu erziehen, daß auch sie zu den künftigen Beherrschern des Landes gehört. In dem Namen Afrikander könne jetzt ein Ausdruck des Vorwurfes liegen, wie einst im Namen Hugenotten, aber er werde zu einem Ehrennamen werden.

Partei-Nachrichten.

Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Vertreten waren 17 Orte des Kreises durch 26 Delegierte, für die brandenburgische Agitationskommission waren die Genossen Schubert und Laukant und als Vertreter der „Brandenburger Zeitung" Genosse Mehnert-Brandenburg erschienen. In seinem Geschäftsbericht für das vergangene Jahr führte der Kreisvertrauensmann, Genosse Paris-Velten aus, daß sich überall im Kreise erfreulicherweise Leben und Regsamkeit zeige, was sich auch besonders in den diesjährigen Kassen-Einnahmen des Kreises wiederspiegelt. Auch die Berichterstattung aus den einzelnen Orten des Kreises sei eine bessere geworden. Die Kassenverhältnisse Spandaus, die noch im vorigen Jahr bedenklich im Argen gelegen, hätten sich im letzten Jahre bedeutend gebessert und seien jetzt ziemlich günstig zu nennen. Redner betont, daß die Abonnentenzahl der Presse und ebenso die Mitgliederzahl der politischen Organisationen leider nicht in dem Maße zugenommen hätten, wie es nötig gewesen wäre. Dagegen hätten die Gewerkschaften ziemlich erheblich an Mitgliedern zugenommen; im Dezember vorigen Jahres betrug die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Kreise 4167 (welche Zahl inzwischen weiter gestiegen ist), während die politischen Organisationen nur 458 Mitglieder zählten! Das sei ein höchst bedauerliches Mißverhältnis. Genosse Paris verbreitet sich alsdann über den Stand der Parteibewegung in den einzelnen Orten des Kreises. Der Kassenbericht weist einschließlich des alten Bestandes von 816,74 M. eine Einnahme von 2100,39 M. und eine Ausgabe von 1463,79 M. (einschließlich 300 M. Beitrag an die Partei-Hauptkasse in Berlin) auf. Es verbleibt mithin ein Bestand von 636,60 M.

Die Diskussion über den gehörten Bericht zeitigte eine ziemlich rege Aussprache einzelner Delegierten über die Verhältnisse in ihrem Orte und über die in der Agitation gesammelten Erfahrungen.

Hierauf wurde dem Kreisvertrauensmann einstimmig Entlastung gewährt und in eine einstündige Mittagspause eingetreten. Nach Wiedereröffnung der Konferenz referierte Müllenstedt-Nauen über die Neuorganisation des Kreises.

Der von einer Statutenkommission fertiggestellte Entwurf zu dem neuen Organisationsstatut teilt den Kreis in fünf selbständige Agitationsbezirke, für welche, wenn dies irgend möglich, Bezirks-Wahlvereine gebildet werden sollen, denen die sämtlichen Parteigeschäfte obliegen. Diese Bezirks-Wahlvereine sollen in Zukunft auch die Wahlen der Delegierten für die Konferenzen vornehmen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß ein Amt in der Partei zukünftig nur derjenige bekleiden kann, der die Partei regelmäßig durch Geldmittel unterstützt! Sämtliche Aemter können auch von Frauen bekleidet werden.

Die Bezirks-Wahlvereine haben 50 Proz. der Beiträge an die Kreiskasse abzuführen.

Grundsätzliche Bedenken machen sich in der hierauf anschließenden Diskussion gegen den Entwurf nicht geltend. Schubert-Schöneberg regt jedoch an, den Satz von 50 Proz. zu erhöhen und einzufügen, daß dieser Satz von **allen** Einnahmen der Bezirks-Wahlvereine an die Kreiskasse abzuführen ist. Mit einigen redaktionellen Aenderungen gelangt der Entwurf jedoch — im übrigen unverändert — zur Annahme!

Ueber den nächsten Punkt der Tages-Ordnung: „Agitation und die bevorstehende Reichstagswahl" referiert hierauf Rieger-Spandau, welcher zunächst das Ergebnis der Wahlen von 1898 und die gegenwärtige Gruppierung aller Parteien im Kreise kurz streift. Des längeren verbreitet er sich über die in den letzten Jahren bei der Agitation in Stadt und Land von den Genossen gemachten Erfahrungen und über unsre Aussichten für die nächste Wahl, die unsrer Partei durchaus günstig sei. Die ländlichen Wähler hätten im allgemeinen für uns gethan, was den Umständen nach möglich war, dagegen bleibt in den Städten noch sehr viel zu thun, dort ist auch noch viel für unsre Partei herauszuholen. Dies gelte im besonderen von Spandau und Potsdam. Nicht nur, daß es gelten werde, die vielen Wahlfaulen (1898 im ganzen Kreise 9567 Wähler gleich 23,9 Proz.) aufzurütteln und zur Wahl zu bewegen, es muß vor allem aber noch derjenige Teil der Arbeiter, speciell aus

den Spandauer Staatsbetrieben aufgeklärt werden, die sich 1898 leider noch zum Stimmvieh für den Mischmasch hingegeben haben. Redner erörtert noch unsre Taktik für die nächste Wahl. Der Freisinn müsse genau mit der gleichen Entschiedenheit und Schärfe bekämpft werden wie die übrigen gegnerischen Parteien. Nach der schmählichen Haltung des Freisinns im Kreise bei der Stichwahl 1898, wo gut dreiviertel der Freisinnigen für den Mischmasch eintraten, ist eine Besserung in dem Charakter des Freisinns absolut und endgültig ausgeschlossen. Rieger giebt noch einige Fingerzeige für die Agitation und Wahlvorbereitung und beantragt schon heute die Einsetzung des Central-Wahlkomitees. Die Diskussionsredner sprachen sich im zustimmenden Sinne aus, worauf der Antrag Rieger angenommen und als Sitz für das Central-Wahlkomitee der Ort Velten bestimmt wurde.

Bei dem Punkt „Presse" werden von einzelnen Genossen einige Beschwerden über die mangelhafte und unzureichende Berichterstattung der „Brandenburger Zeitung" zur Sprache gebracht. Auf Antrag der Genossen Müllenstedt und Paris wird beschlossen, bei den Brandenburger Genossen den Antrag zu wiederholen: dem Wahlkreise Potsdam-Spandau-Ost-Havelland Sitz und Stimme in der Preßkommission der „Brandenburger Zeitung" einzuräumen. Mit der persönlichen Begründung dieses Antrages wird zugleich Genosse Stab-Potsdam betraut. Zum Delegierten für den Parteitag wird Hoffmann-Teltz, als sein Stellvertreter Müllenstedt-Nauen gewählt.

Auf der Provinzialkonferenz wird der Kreis durch Schmidt-Velten, Müllenstedt-Nauen und Pieper-Spandau vertreten sein. Hierbei machte Genosse Schubert bekannt, daß die diesjährige Provinzialkonferenz vermutlich zwei Tage in Anspruch nehmen wird. Zum Schluß wird Genosse Paris-Velten einstimmig als Kreis-Vertrauensmann wiedergewählt! Mit einem Appell an die Genossen, bei der kommenden Wahlarbeit ihren Mann zu stehen, schloß hierauf Genosse Pieper-Spandau die Konferenz.

---

700 000 Flugblätter verbreiteten Sonntag früh unsre sächsischen Parteigenossen im Königreiche Sachsen. Das Flugblatt macht die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß der dieser Tage in Form einer Extrasteuer erhobene 10prozentige Steuerzuschlag eine Folge der konservativen Parlamentsmißwirtschaft ist. In sehr geschickter Form geißelt das Flugblatt ferner die arbeiterfeindliche Politik Sachsens und ermahnt das sächsische Proletariat, bei den kommenden Reichstagswahlen auf dem Posten zu sein.

Totenliste der Partei. In Halle starb am Sonnabend unser alter Parteigenosse, der Schuhmachermeister Wilhelm Biehl, im Alter von 67 Jahren. Biehl war einer der ersten, die sich in Halle offen zur Socialdemokratie bekannten. Schon zur Zeit Lassalles war er für die Arbeiterbewegung thätig, der er in unwandelbarer Treue bis zum letzten Atemzuge seine Kräfte gewidmet hat. Biehl war als Referent und Organisator das Haupt der sich in Halle regenden Socialdemokratie. Nach dem Einigungskongreß in Gotha trat er sofort mit zur gemeinschaftlichen socialdemokratischen Partei über.

Unvergeßlich ist sein Wirken während des Socialistengesetzes. Als viele wankten und furchtsam ihre Parteizugehörigkeit verleugneten, da war es der alte Biehl, der unerschrocken den Gefahren des Ausnahmegesetzes die Stirn bot. Zum Geheimkongreß in Kopenhagen 1884 wurde von Halle aus als Delegierter entsendet. Bei seiner Rückkehr wurde er auf dem Bahnhof vom damaligen Kriminalkommissar Grosse verhaftet. In den später gegen hiesige Parteigenossen angestrengten Geheimbundprozeß, der freilich kläglich im Sande verlief, war Biehl gleichfalls mit verwickelt.

Hatte Biehl schon 1878 vor Erlaß des Socialistengesetzes an der Halleschen „Freien Presse" nach Kräften mitgewirkt, bis nach dem Erscheinen von sechs Nummern des Blattes sechs verantwortliche Redacteure hinter Schloß und Riegel saßen, so ergriff er mit Feuereifer die Gelegenheit, 1890 für die Gründung des „Volksblattes" mitzuwirken.

Auch nach dem Socialistengesetze hat er sich in jeder Beziehung als wackerer Parteigenosse bewährt, bis seit etwa zwei Jahren sein Gesundheitszustand sich merklich verschlechterte. Länger als zwei Jahrzehnte hat Biehl in allen wichtigeren Kommissionen und in den Wahlkomitees gesessen, und stets war er den jüngeren Genossen ein eifriger Lehrer und aufrichtiger Freund.

Er war ein ganzer Mann ohne Falsch, in allen Sachen treu. Die Hallesche Arbeiterschaft und alle, die ihn kennen gelernt haben, werden des alten Vater Biehl nie vergessen.

Auch in Weißig bei Dresden starb ein wackerer Parteigenosse, Klemens Schäfer, der seit Jahrzehnten in seinem Orte und seiner Umgebung mit Eifer und Erfolg für die Ausbreitung der socialdemokratischen Ideen thätig war. Er wurde vom Gemeinderate, dessen Mitglied er war, zu Grabe getragen.

Aus Industrie und Handel.

Schuckert u. Co. In Anbetracht der ungünstigen Konjunktur in der Elektricitätsindustrie und der Vorgänge in der vorjährigen Generalversammlung der Schuckert-Gesellschaft, in der bekanntlich die Direktion, nachdem sie noch kurz vorher eine 10prozentige Dividende angekündigt hatte, sich plötzlich zur Erklärung genötigt sah, daß nicht an eine Dividendenverteilung gedacht werden könne, wurde diesmal allgemein in der Geschäftswelt der Bericht über die für den 26. d. M. angesetzte vorbereitende Aufsichtsratssitzung mit besonderer Spannung erwartet — zumal noch erst wieder in den letzten Tagen gemeldet worden war, der Aufsichtsrat werde wahrscheinlich eine Dividende von 5 Prozent vorschlagen. Die Mitteilung hat sich in der am Sonnabend in Nürnberg stattgefundenen Aufsichtsratssitzung als ein völlig grundloses Gerücht herausgestellt. Der vorgelegte Abschluß der Gesellschaft weist vielmehr für 1901/02 durch Minderbewertung der Materialien sowie Abschreibungen und Bildung eines Delkrederefonds für weitere Minderbewertung in Höhe von 9 Millionen Mark einen Verlust von 15½ Millionen Mark auf. Der am 19. August 1902 stattfindenden Generalversammlung wird vom Aufsichtsrat und Vorstand vorgeschlagen werden, den Verlust durch Entnahme aus dem Reservefonds zu decken.

Auch in der Aufsichtsratssitzung der „Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen" wurde die Bilanz vorgelegt. Danach wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielt aus Unternehmungen, Effekten und Zinsen 2 177 028 M. Gewinn, wozu noch der Vortrag des letzten Jahres mit 125 609 M. kommt. Die Ausgaben für Verwaltung, Steuern und Abgaben betragen 413 607 M., für Bankspesen und Zinsen 1 422 890 M. und für Anleihezinsen 400 000 M. Von den Effekten und Konsortialanleihen werden als Verlust 836 796 M. abgeschrieben und für Kapitaltilgung und Erneuerung der Betriebsunternehmungen 427 109 M. zurückgestellt. Es ergiebt sich also ein Verlust von 1 198 372 M., wovon durch die Reserve 439 183 M. gedeckt werden, so daß ein schließlicher Verlust von 759 188 M. bleibt.

Weitere genauere Mitteilungen fehlen bisher, und wird man nähere Angaben darüber abwarten müssen, wie hoch sich noch die Bank- und sonstigen Verpflichtungen der Gesellschaft belaufen, auf welchen einzelne Posten Abschreibungen vorgenommen und welche Unternehmungen abgestoßen worden sind, um ein Urteil gewinnen zu können, so viel ist aber heute schon sicher, daß die Krise oder richtiger die waghalsige Expansionswut der früheren Direktion die Gesellschaft härter mitgenommen haben muß, als vielfach bis jetzt erwartet worden ist.

Ueber die erst vor wenigen Tagen verbreitete Meldung, der Aufsichtsrat werde eine Dividende von 5 Proz. vorschlagen, weiß die „Köln. Volksztg." zu berichten, sowohl im Vorstand wie beim Aufsichtsrat beständen Gegensätze zwischen den Anschauungen und Grundsätzen des früheren Generaldirektors Wacker und eines Teils des jetzigen Vorstandes. Ersterer und seine Anhänger vertraten die frühere Bilanzierungsart, während letztere Herren die Sanierung auf Grund der heutigen Verhältnisse verlangten. Hieraus entsprang einerseits die Ansicht von einer möglichen vierprozentigen Dividende, während die Gegenseite das Vorhandensein einer erheblichen Unterbilanz behauptete. In der letzten Aufsichtsratssitzung siegte nach zweitägigen Verhandlungen die Gegenpartei des früheren Generaldirektors. Das letzte Wort hat die Generalversammlung. In dieser kandidiert der frühere Generaldirektor Wacker um einen Aufsichtsratsposten.

Der Morgansche Dampfertrust in französischer Beleuchtung. Der „Figaro" veröffentlicht einen Artikel des ehemaligen Ministers der öffentlichen Arbeiten Baudin über den Ocean-Trust. Baudin legt dar, daß durch den Trust die englische Flotte geschwächt und die deutsche gestärkt werde. Ferner ermögliche der Trust den Deutschen und Amerikanern, die französische Flotte zu ignorieren. Baudin betont dann namentlich die Gefahr, welche die Verstärkung der deutschen Flotte zur Zeit eines Krieges Dank dem Trust für Frankreich mit sich bringen würde und fragt sich, welches wohl die Haltung der Syndikatsgesellschaften im Kriegsfalle sein würde. Der Trustvertrag scheine ihm eine höhere Bedeutung zu haben als die gewöhnlichen Fragen, welche zwischen Völkern verhandelt werden. Es frage sich, wie die Diplomatie einen solchen Trust verhindern könne.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Niles-Werken und die Kühnemänner. In einer am Freitag abgehaltenen Versammlung von Arbeitern der „Niles-Werke" erstattete die gewählte Kommission Bericht über die Verhandlungen mit dem Direktor. Letzterer erklärte, er sei schon zu weit gegangen, als er den Streikenden 40 Pf. Stundenlohn zusagte. In der Tags zuvor abgehaltenen Sitzung der vereinigten Eisenindustriellen (Kühnemänner-Verband) habe er deswegen eine Rüge erhalten! Sein gegebenes Wort wolle er nun natürlich nicht brechen, aber mehr wie zugesagt könne er unter keinen Umständen bewilligen.

Wenn streikende Arbeiter einem abtrünnigen Kollegen eine Rüge erteilen, so schreien die Kühnemänner über den „Terrorismus der Gewerkschafter"; sie selbst aber rüffeln nachdrücklichst jeden Direktor, der entgegen ihren Scharfmacher-Satzungen mit Arbeitern unterhandelt oder denselben gar noch eine Zusage macht. Das ist natürlich keine „Einmischung in die freien Entschließungen eines Einzelnen", am allerwenigsten aber finden sie darin irgendwelchen „Terrorismus". Um aber ihren Herrenstandpunkt den Arbeitern gegenüber in der markantesten Weise zum Ausdruck zu bringen, ordnen sie an, daß die Streikbrecher noch höhere Löhne erhalten, als die Streikenden überhaupt gefordert haben. Gewiß ein Zeichen, daß die Forderungen der letzteren keine unbilligen sind. — Hauptmann a. D. Kleffel, der bekannte Sekretär auf dem Arbeitsnachweis der Kühnemänner in der Gartenstraße, hat sich geäußert, daß, wenn der Streik auf den „Niles-Werken" bis zum 1. August nicht beendet sei, dann in sämtlichen Fabriken Berlins 25 Prozent aller Metallarbeiter ausgesperrt würden! — Einige Tage später hat derselbe Herr gedroht: Falls der Dreherstreik auf den „Niles-Werken" bis zum 15. August nicht beendet ist, so wird von dem Arbeitsnachweis aus keinem Berliner Dreher mehr Beschäftigung zugewiesen, sondern nur noch von auswärts Kommenden! — Der Unterschied, der in beiden Drohungen liegt, läßt die Vermutung zu, daß es sich hier nur um Schreckschüsse handelt, um die Arbeiter der „Niles-Werke" zum Nachgeben zu bewegen. Doch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die eine oder die andre Drohung wahr gemacht wird. Unsren Kühnemännern ist es sehr wohl zuzutrauen, daß sie, um ihren Willen durchzusetzen, von 40 000 Metallarbeitern 10 000 aufs Pflaster werfen. Nun mag dem sein wie ihm wolle, die Arbeiter sehen den Maßnahmen der Unternehmer in Ruhe entgegen.

Unterdessen scheint sich der Mangel an Arbeitskräften auf den „Niles-Werken" von Tag zu Tag fühlbarer zu machen, wenigstens läßt man dort nichts unversucht, um Arbeitswillige heranzuziehen. So versuchte Meister Heine am Sonntag in Spandau von den auf den Staatswerkstätten entlassenen Arbeitern eine Anzahl für sich anzuwerben. Doch da die Verbandskollegen überall auf dem Posten sind, so war der Liebe Mühe auch hier vergebens. Herr Heine mußte abziehen, ohne seinen Zweck erreicht zu haben.

Achtung, Bauarbeiter! Niedriger hängen müssen wir die Handlungsweise der hiesigen elektrotechnischen Firma Paul Hardegen u. Co. ihren Monteuren gegenüber. Letztere hatten sich in jüngerer Zeit mehrfach gegen empfindliche Lohnreduktionen zu wehren, und es kam am 2. Juli d. J. eine Einigung durch Festlegung der Arbeitsbedingungen zu stande, welche von beiden Parteien durch Unterschrift anerkannt wurde. Schon jetzt, nachdem diese beiderseits anerkannten Einigungsbedingungen noch kaum drei Wochen in Kraft waren, verweigert die Firma die Anerkennung derselben und verlangt für sich das alleinige Bestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen von Fall zu Fall. Es ist schwer, für eine derartige Handlungsweise eine erlaubte Bezeichnung zu finden, und ist es wohl den betreffenden Elektromonteuren nicht zu verdenken, daß dieselben daraufhin sofort die Arbeit wieder niederlegten. Dieselben haben vorab das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, da die persönlichen Verhandlungen zu keinem Resultat führten, und sind entschlossen, an den am 2. Juli d. Js. festgelegten Arbeitsbedingungen auf alle Fälle festzuhalten. Da die Firma Hardegen u. Co. in Berlin und den Vororten auf verschiedenen Bauten die elektrischen Anlagen installiert, so werden sämtliche Bauarbeiter ersucht, die Ausständigen moralisch zu unterstützen und Zuzug fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung im Hamburger Baugewerbe berichtet Wolffs Telegraphenbureau:

Die Baugewerks-Innungen von Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbek hielten am Sonnabendabend eine Versammlung ab und beschlossen, daß am 29. ds. Mts. die Arbeit in den genannten vier Städten unter den von den Innungsmeistern früher gestellten Bedingungen wieder freigegeben werden soll.

Diese Bedingungen sind bekanntlich die alten (65 Pf. und 9½stündige Arbeitszeit), um deren Verbesserung die Arbeiter den Kampf begonnen haben. Da die Unternehmer zu ihren Bedingungen schon immer Arbeiter eingestellt haben — jedoch nur auswärtige —, so wäre das Wesentliche des vorstehenden Beschlusses die Freigabe der Wiedereinstellung von Hamburger Arbeitern. Von der Absicht, mit den Vertretern der Ausgesperrten zu verhandeln, sagt die Meldung nichts.

Daß die Anwerbung auswärtiger Arbeitskräfte bis jetzt fortgesetzt wurde, bekundet die nachstehende Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus vom 26. d. M. aus Budapest:

Auf Veranlassung der hiesigen staatlichen Arbeitsvermittlungsanstalt wollten heute abend etwa 50 Zimmergesellen zum Ersatze von Ausständigen nach Hamburg und Potsdam abreisen. Vor der Abfahrt des Zuges versuchten eine große Menge Arbeitsloser die Abreise gewaltsam zu verhindern und es entspann sich zwischen ihnen und den Zimmergesellen eine Schlägerei, bei der auch ein Beamter der Arbeitsvermittlungsanstalt blutig geschlagen wurde. Nachdem die Polizei mehrere Verhaftungen vorgenommen und die Ordnung wieder hergestellt hatte, konnte die Abreise der Arbeiter erfolgen.

Der Lohnkampf der Maurer in Posen ist nach einer Dauer von sechs und einer halben Woche beendet. Gefordert wurden von den Maurern 45 Pf. Stundenlohn. Das Gewerbegericht hat einen Schiedsspruch gefällt, der dahin lautet: 44 bezw. 45 Pf. Durch Versammlungsbeschluß von beiden Parteien ist derselbe angenommen. Mit diesem Beschlusse ist zu gleicher Zeit ein korporativer Arbeitsvertrag zu stande gekommen. Diese Errungenschaft gilt als ein vollständiger Sieg der Maurer.

Der **Streik der Zimmerer** ist noch nicht erledigt, wird aber voraussichtlich dieser Tage ebenfalls vor dem Gewerbegericht entschieden werden.

Diese großen erfolgreichen Kämpfe beweisen, daß auch die Arbeiterschaft im Osten anfängt zu begreifen, daß Einigkeit zum Siege führt. Beachtenswert ist, daß während der langen Dauer des Streiks nur vier Maurer aus den Reihen der Streikenden zu Streikbrechern geworden sind.

Zum Maurerstreik in Guben wird mitgeteilt: Die Maurermeister haben anscheinend wenig Glück, arbeitswillige Maurer zu erhalten. Die meisten der nach Guben transportierten Maurer schüttelten den Staub baldigst wieder von ihren Füßen, obwohl die Polizei alles thut, um zu vermeiden, daß die Streikenden mit den Arbeitswilligen Fühlung erlangen. Unter polizeilicher Eskorte werden die Arbeitswilligen vom Bahnhof aus zu den Bauherren gebracht, welch letztere hoffen, daß dadurch die Aufklärung über die wirkliche Lage der Verhältnisse vermieden wird.

Der verfemte Metallarbeiter-Verband. Die Hedwigshütte in Viersen (Rheinland) hat Former entlassen, welche nicht in Accord (wahrscheinlich zu sehr niedrigen Preisen) arbeiten wollten. Sie sucht nun an deren Stelle andre Arbeitskräfte, welche nicht nur in Accord zu arbeiten willens sind, sondern vor allen Dingen dem deutschen Metallarbeiter-Verband nicht angehören und sich verpflichten, demselben nicht beizutreten. — Hiernach kann wohl jedermann beurteilen, wie die Verhältnisse in jener Fabrik sind, und daß selbstbewußte Arbeiter keine Neigung verspüren, in derselben zu arbeiten.

Ausland.

Zum Streik der galizischen Landarbeiter

wird der Wiener „Arbeiterzeitung" aus Lemberg geschrieben:

Der Streik der Landarbeiter Ostgaliziens breitet sich mit elementarer Gewalt immer weiter aus. Eine Gemeinde nach der andern tritt in den Streik. Die Schlachzizen sind deshalb in großer Aufregung und ihre Presse beschwört die Regierung, um des Himmels willen doch der „aufrührerischen" Bewegung ein Ende zu machen. Man sucht die Bewegung als eine Bewegung der Ruthenen gegen die Polen hinzustellen, und sonderbarerweise finden die polnischen Schlachzizen in dieser Begründung des Streiks auch bei den ruthenischen Nationalen Unterstützung. Diese möchten nämlich gern der Oeffentlichkeit einreden, welch' große Macht sie haben, daß es ihnen sogar gelungen ist, die Bauern zum Streik zu bewegen. Thatsache ist jedoch, daß die Bauernbewegung mit nationalen Dingen gar nichts zu thun hat. Die ruthenischen Nationalen haben auf dem Lande gar keine Organisation, ihre Anhänger auf dem Lande sind nur die ruthenischen Pfarrer, die aber zum größten Teil dem Streik feindlich gegenüberstehen. Kein einziger ruthenischer Abgeordneter hat auch bei einer der Streikversammlungen gesprochen, ja einzelne haben die Streikenden sogar beschimpft. Die Idee des Streiks ist nicht von den ruthenischen Nationalen ausgegangen, sondern von der Partei der ruthenischen Radikalen, die in ihrem Programm zahlreiche socialistische Forderungen haben, unter andern auch den Streik als Mittel des Kampfes der Bauern gegen die Großgrundbesitzer. Diese Partei, deren Führer auch den Kollektivismus als Endziel anerkannten, ist heute als Partei zerfallen. Ihre energischesten Anhänger auf dem Lande bekennen sich jetzt zur Socialdemokratie, und wenn sie auch keine eigentliche Organisation besitzen, so sind sie doch die Leiter des Ausstandes.

Der Streik der ruthenischen Landarbeiter ist, daran muß festgehalten werden, eine sociale Bewegung, die wirtschaftliche und keineswegs nationale Ursachen hat. Sie wendet sich nicht gegen die Polen, sondern gegen die Ausbeuter, die allerdings nahezu ausschließlich polnische Schlachzizen oder jüdische Gutspächter sind, Ruthenische Großgrundbesitzer und ruthenische Gutspächter giebt es eben auch in Ostgalizien fast gar nicht.

Die Zahl der Streikenden läßt sich nur sehr schwach abschätzen. Einzelne behaupten, daß jetzt schon 100 000 Landarbeiter streiken, andre schätzen die Zahl auf 50 000 ein. Jedenfalls sind es viele zehntausende Landarbeiter, die im Streik stehen. Auch über die Zahl der Gemeinden, in denen gestreikt wird, ist eine genaue Schätzung nicht möglich. Auch wechselt die Zahl vielfach. In dem einen Dorfe wird der Streik beigelegt, in dem andern bricht er aus. Außerdem ist die Postverbindung eine derartige, daß man oft von dem Ausbruch eines Streiks erst erfährt, wenn der Streik bereits zu Ende ist. Auf keinen Fall dürfte es übertrieben sein, wenn man annimmt, daß in mehr als 150 Gemeinden, die sich auf 17 Bezirke verteilen, gestreikt wird.

Der „Naprzod", unser Krakauer Bruderorgan, veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die polnischen Bauern, den ruthenischen Bauern zu helfen. In dem Aufruf heißt es: „Die Großgrundbesitzer wollen an Stelle der Streikenden Bauern aus Westgalizien einführen, um auf diese Weise den Streik zu unterdrücken. Polnische Bauern! Der ruthenische Bauer ist euch näher als der polnische Schlachzize. Lasset euch nicht dazu gebrauchen, euren Brüdern in den Rücken zu fallen!" Der Aufruf ist im Namen der Parteileitung der polnischen Socialdemokratie von den Genossen Mistolet und Dr. Marek unterschrieben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Feldarbeiter-Ausstand in Galizien.

Lemberg, 28. Juli. (Meldung des Wiener Telegr.-Bureaus.) Der Ausstand der Feldarbeiter, welcher vor einigen Tagen in Galizien, namentlich in den östlichen Bezirken ausgebrochen ist, nimmt an Ausdehnung zu. Die Gendarmerie machte wiederholt von der Waffe Gebrauch. Einige Bauern wurden verletzt. Mehrere Agitatoren sind verhaftet worden. Nunmehr ist Militär aufgeboten worden.

Ein englisches Blaubuch über die südafrikanische Lage.

London, 28. Juli. (W. T. B.) Heute ist ein Blaubuch über die Ereignisse nach dem Kriege erschienen. In Beantwortung einer Anfrage Chamberlains, ob 10 Proz. der höchste Satz sei, den die ärmeren Minen leisten und ob die reicheren Minen nicht im Verhältnis zu ihrem größeren Gewinn mehr zusteuern könnten, erklärte Milner, er sei mit einem Satz von 10 Proz. schon ganz zufrieden. Einer staffelförmigen Taxe sei er nicht abgeneigt, doch werde sich die schwer durchführen lassen. Am 2. Juni suchte Milner um die sofortige Ermächtigung nach, außer der Zeit eine halbe Million aufwenden zu dürfen. Dies sei erforderlich auf Grund der letzten Klausel der Uebergabebedingungen. Die Sache sei von solcher Bedeutung, daß, wenn nicht die grundlegenden Finanzfragen sofort geregelt würden, ein Zusammenbruch unvermeidlich sei. Darauf gab Chamberlain am 13. Juni die Ermächtigung.

Waldbrände.

Paris, 28. Juli. (B. H.) Aus **Oran** wird gemeldet: Seit einigen Tagen stehen die Waldungen der Gemeinde Saida in Flammen; die Hitze ist fürchterlich. Die Waldungen der Gemeinden Kordad und Si-Hamed-Zeigal sind vollständig zerstört, desgleichen mehrere umliegende Dörfer. Bereits 13 000 Hektar Wald sind vernichtet. Die Truppen sind aufgeboten, um den Brand zu dämpfen.

Mainz, 28. Juli. (B. H.) Die Polizei **verhaftete** heute vormittag in einem Hotel zwei junge Leute, welche verdächtig sind, hier und in der Umgegend in letzter Zeit bedeutende **Silberdiebstähle** ausgeführt zu haben. Einem dritten gelang es, zu entkommen.

Schlettstadt, 28. Juli. (B. H.) Ein **Jagdunfall** mit tödlichem Ausgange hat sich gestern hier ereignet. Zwei Offiziere des 8. Jäger-Bataillons begaben sich früh morgens auf die Jagd. Auf unaufgeklärte Weise entlud sich ein Gewehr und der Schuß traf den Lieutenant Erich Stubenrauch in den Nacken. Er war sofort **tot**.

Madrid, 28. Juli. (W. T. B.) Aus Portugal werden Unruhen gemeldet infolge von **Streiks**. In Aveiro wurde der Belagerungszustand erklärt.

New York, 28. Juli. (W. T. B.) Wie aus Port of Spain von gestern gemeldet wird, haben die Aufständischen 1000 Mann, welche auf dem Marsche waren, um die Streitmacht Castros zu verstärken, bei Alto de la Palma geschlagen und die Munition derselben erbeutet.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Die sociale Pflichterfüllung der Agrarier.

Daß der Arbeiterschutz dem Unternehmertum noch immer ein Greuel ist, dafür liefert jeder Bericht jedes Fabrikinspektors erdrückendes Material; nirgends läßt sich eine größere Mißachtung des Gesetzes konstatieren, wie bei den Unternehmern auf dem gesamten Gebiete des Arbeiterschutzes, und nirgends zeigt sich eine brutalere Vernachlässigung der Pflichten gegen Leben und Gesundheit der Mitmenschen, als wie sie die Gewinnsucht des Unternehmertums gegenüber den Arbeitern zu Tage fördert. Ebenso bekannt ist aber auch, daß die Agrarier in diesem Punkte den Industrie-Unternehmern noch weit über sind. Wir haben ja leider noch keine staatliche Ueberwachung der landwirtschaftlichen Betriebe und außer der Unfallversicherung und den von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften giebt es nichts, zu dessen Beachtung im Interesse der Arbeiter die Agrarier verpflichtet wären und niemand außer den Berufsgenossenschaften selber kann die zollhungrigen Herren zu irgend einer Pflichterfüllung gegenüber den Arbeitern anhalten. Wie wenig die landwirtschaftlichen Unternehmer zur Verhütung von Unfällen thun, haben wir oft genug dargelegt. Jetzt kommt aus den Kreisen der Landwirtschaft selber eine Kritik des Verhaltens der Landwirte, die unsre bisherigen Urteile durchaus bestätigt. Der Sächsische Landeskulturrat, d. h. eine von den Landwirten selber gewählte Interessenvertretung, sieht sich in seinem Jahresbericht für 1901*) veranlaßt zu erklären, daß die Landwirte ihre Verpflichtungen nicht erfüllen.

Nachdem festgestellt worden, daß im Jahre 1900 in den versicherungspflichtigen Betrieben 4755 Unfälle gemeldet worden sind, heißt es:

„Die Zahlen zeigen deutlich, wie es noch immer an der nötigen Vorsicht fehlt und wie ferner die Unfallverhütungs-Vorschriften noch nicht in ausreichendem Maße beobachtet werden. Im Betriebsjahre wurden in 84 Gemeinden des Königreichs Sachsen 1876 Betriebe auf die Beobachtung der Unfallvorschriften hin revidiert und dabei **nicht weniger als 1749, das sind 93 Proz. mangelhaft befunden.**"

Die meisten Ausstellungen bezogen sich, wie aus einer Tabelle darüber hervorgeht, auf die Beschaffenheit der Häcksel-, Grünfutter- und Streustroh-Schneidemaschinen, nämlich 1436. Dann heißt es weiter:

„Diese Zahlen zeigen, **wie wenig sich die Unternehmer der Notwendigkeit der angeordneten Schutzmaßregeln und Vorrichtungen,** wie auch der unliebsamen Folgen **bewußt sind,** welchen sie sich durch ihre Fahrlässigkeit aussetzen und die in Geldstrafen für die Säumigen und der Regreßpflicht für Unfälle bestehen, welche durch Nichtbeachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften verursacht sind . . .

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, **daß zahlreiche Unfälle zu vermeiden gewesen wären, wenn die Unternehmer ihre Pflicht** hinsichtlich der Anbringung der erforderlichen Sicherungen **gethan hätten.** Es erscheint daher der dringende Wunsch gerechtfertigt, die Unternehmer möchten angesichts der großen Zahl von Unfällen, welche das Berichtsjahr aufzuweisen hat, sich ihrer Verpflichtung mehr als bisher bewußt werden."

Ob diese Mahnung aus den Kreisen der eignen Berufsgenossen Erfolg haben wird, ist allerdings sehr zweifelhaft. Bezeichnenderweise redet übrigens der Landeskulturrat mit keinem Worte von einer socialen Pflichterfüllung gegenüber den Arbeitern, mit keinem Worte von einer Menschlichkeitspflicht, sondern nur von einer Pflicht gegen die Berufsgenossenschaft, also gegen den Geldbeutel der beteiligten Landwirte und verweist nur auf die Folgen, denen sich die Säumigen selber aussetzen. Der sächsische Landeskulturrat kennt wohl seine Leute und weiß, daß solche Redensarten von socialen, von Menschlichkeitspflichten doch nicht ziehen. Aber auch die Folgen, denen sich die rücksichtslosen agrarischen Ausbeuter bisher aussetzten, werden sie nicht andren Sinnes machen. Wurden doch, obwohl 1749 Betriebe mangelhaft befunden wurden, **nur 23** Unternehmer bestraft mit zusammen **165 Mark** Geldstrafen, also mit kaum 8 Mark im Durchschnitt. Das ist ja natürlich viel billiger als die einfachste Schutzvorrichtung. Ueberhaupt ist die Ursache des ganzen Elends das System. Ebenso gleichgültig gegen das Wohl ihrer Arbeiter wie der einzelne Unternehmer ist die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, der allein die Beobachtung der Schutzvorrichtungen obliegt. Ist es schon lächerlich, von 1749 straffälligen Unternehmern im ganzen nur 23 mit einem Trinkgeld zu bestrafen, so ist es ebenso kläglich, daß von den 181 941 versicherungspflichtigen Betrieben ganze 1876 revidiert wurden, also rund der hunderste Teil, und daß für die ganze Ueberwachungsthätigkeit nicht mehr wie 1819 M. aufgewendet wurden. Und dabei steht in diesem Punkte die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen noch an der Spitze aller landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Denn außer der anhaltischen, die für diesen Zweck noch 1099 M. ausgab, gab von den 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften des Deutschen Reiches keine einzige mehr auch nur einen Pfennig aus.

Die Unfallverhütung in der Landwirtschaft ist ein großer Humbug.

*) Jahresbericht über die Landwirtschaft im Königreich Sachsen für das Jahr 1901. Herausgegeben vom Landeskulturrat für das Königreich Sachsen. Dresden. G. Schönfelds Verlags-Buchhandlung. 1902.

Lokales.

Verlorene Mühe.

Daß in Berlin nicht ein Mangel an Kirchen, sondern nur ein dem Häuflein der Frommen sehr schmerzlicher Mangel an Kirchenbesuchern besteht, haben wir oft ausgeführt. Einen neuen Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht liefert wieder die in der letzten Nummer des „Evangelisch-kirchlichen Anzeigers von Berlin" veröffentlichte statistische Uebersicht über die bei den Berliner evangelischen Kirchen im Jahre 1901 vollzogenen Taufen, Trauungen, Beerdigungen usw. Sie kann als Ersatz für die leider immer noch fehlende Kirchenbesucher-Statistik benutzt werden.

Die Uebersicht zeigt, daß die Bemühungen der Kirche, die Bevölkerung unsres „Sündenbabel an der Spree" wieder mehr zu sich hinüberzuziehen, nach wie vor ohne wesentlichen Erfolg geblieben sind, zumal in den Gemeinden der vorwiegend von Arbeitern bewohnten Außenviertel. Charakteristisch in dieser Hinsicht sind besonders die Angaben über die Mitwirkung von Geistlichen bei Beerdigungen. Wenn ein Todesfall eintritt, dann vermag ja die Kirche ihre Macht noch am ehesten und erfolgreichsten geltend zu machen, aber in Berlin hat sie auch hier nur noch geringen Einfluß. Im Jahre 1901 wurden mit Hilfe eines Pastors unter die Erde gebracht: in der Andreasgemeinde von 1036 Verstorbenen nur 467, in der Auferstehungsgemeinde von 1316 nur 321, in der Lazarusgemeinde von 683 nur 297, in der Samaritergemeinde von 671 nur 190, in der Dankeskirchengemeinde von 627 nur 241, in der Heilandsgemeinde von 1026 nur 492, in der Nazaret-Gemeinde von 1095 nur 520, in der Friedenskirchen-Gemeinde von 643 nur 236, in der Gethsemane-Gemeinde von 1142 nur 394, in der Pauls-Gemeinde von 1136 nur 508, in der Emmaus-Gemeinde von 1870 nur 627 usw. Unter den hier angeführten Gemeinden ist keine, in der auch nur die Hälfte der Verstorbenen unter Mitwirkung eines Geistlichen beerdigt worden wären. In manchen Gemeinden sinkt dieser Anteil auf ein Drittel, in einigen noch unter ein Drittel, in der Auferstehungs-Gemeinde auf weniger als ein Viertel!

Mit den Kommunionen, der Beteiligung am Abendmahl, sieht es ebenso aus. Die Marien-Gemeinde hatte bei 5410 Seelen 2919 Kommunikanten, Friedrichswerder bei 3827 Seelen 1882 Kommunikanten, die Domgemeinde bei rund 11 000 Seelen 4011 Kommunikanten. Das sind Gemeinden ohne nennenswerte Arbeiterbevölkerung. Dagegen hatte die Andreasgemeinde mit 55 252 Seelen nur 7729 Kommunikanten, Emmaus mit 100 634 Seelen nur 9927, Heilig Kreuz mit 104 911 Seelen nur 11 431, Johannes mit 70 000 Seelen nur 8023, Heiland mit 40 000 nur 6785. Der Zahl der Taufen und der kirchlichen Trauungen, die die Uebersicht enthält, ist leider nicht die Angabe hinzugefügt, wie groß in den einzelnen Gemeinden die Zahl der Geburten und aller Eheschließungen war. Wäre das geschehen, so würde sich auch hier zeigen, daß alle Mühe der Kirche und ihrer Diener, sich die Arbeiterbevölkerung Berlins zurückzuerobern, vergeblich ist.

Der „Evangelisch-kirchliche Anzeiger" bemerkt zu der Uebersicht: „Daß in solchen Massengemeinden, wie sie Berlin leider besitzt, die Zahl der Taufen, Trauungen, Begräbnisse unter Mitwirkung des geistlichen Amtes und Konfirmationen im allgemeinen nicht so groß gewesen ist, wie sie sein sollte, ist vollkommen begreiflich. Der Zusammenhang mit der Kirche ist teilweise vollkommen verloren gegangen; in vielen Fällen beschränkt er sich auf die alleräußerlichste Form." Wenn das unsre Frommen selber sagen, dann wird es wohl wahr sein. Dem genannten Blatt „beweisen" diese Zahlen „die schon oft ausgesprochene Wahrheit, die aber immer wieder ausgesprochen werden muß, daß es nicht eher besser wird in Berlin mit den kirchlichen Verhältnissen, als bis die großen Gemeinden geteilt werden, kleinere übersichtliche Kreise geschaffen werden, in denen ein Geistlicher waltet, Seelsorge treibt mit kirchlich interessierten Laien."

Ob es dann wirklich „besser" werden wird? Das Mittel wird ja schon angewandt! Fortgesetzt sind in Berlin die großen Gemeinden geteilt worden, sind die Kirchen und die Geistlichen vermehrt worden, und es ist dennoch nicht „besser" geworden. Der „Evangelisch-kirchliche Anzeiger" sagt selber: „In manchen Gemeinden ist die Zahl der Kommunikanten, trotzdem die Zahl der Geistlichen gewachsen ist, zurückgegangen". Da wird es wohl noch sehr lange Wege haben, ehe die Hoffnung, daß „die Kirche wieder eine Macht werde, ja die wirksamste Macht im Volksleben auch der Großstadt, in Erfüllung geht. Daß nur den Dienern der Kirche und ihren Getreuen die Zeit nicht lang wird!

„Zweierlei Tuch geht vor". Zu der Nachricht, daß in Charlottenburg ein an der Spitze seiner Compagnie durch die Straßen marschierender Hauptmann den Vortritt selbst vor der Feuerwehr, die seinen Weg kreuzte, beansprucht habe, wird jetzt gemeldet, daß nach den geltenden polizeilichen Bestimmungen jedermann vor der Feuerwehr Halt zu machen hat, auch das Militär. Nicht der die Feuerwehr führende Brandmeister, der das Halt gebietende Zeichen des Hauptmanns unbeachtet gelassen hatte und dessen Bestrafung von dem Hauptmann gefordert worden war, sondern der Hauptmann selber habe sich strafbar gemacht. Da sind wir wirklich neugierig, was nun dem Hauptmann geschehen wird.

Größere Sauberkeit. Ein Abonnent des „Vorwärts" unterbreitet unsren Lesern folgende beherzigenswerten Anregungen:

Der Amtsausschuß in Hermsdorf hat eine Verordnung erlassen, nach welcher Verkäufer von Backwaren und andren Nahrungs- und Genußmitteln, die zum Verzehren fertiggestellt sind, den Käufern nicht gestatten dürfen, die Waren zu betasten. Eine gleiche Verordnung besteht leider für Berlin noch nicht. Verschiedene Bäckereien verbieten ja diese Art des Aussuchens schon, aber bei weitem nicht alle. Eine dahingehende Polizeiverordnung käme aber auch nur den Konsumenten zu Hause zu gute. Den Gästen der meisten Restaurants wäre damit noch nicht gedient. Da liegt im Korbe die Hälfte eines großen Brotes. Nach Bedarf schneiden die Gäste davon ab; jeder faßt es mit nicht immer ganz sauberen Händen an. Ehe das Brot verbraucht ist, hat es eine erhebliche Anzahl von Leuten berührt oder auch ans Herz gedrückt. Dabei kann man täglich beobachten, daß nur ein geringer Prozentsatz der Gäste die in einem besseren Restaurant gebotene Waschgelegenheit benutzt. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß auch auf diese Weise ansteckende Hautkrankheiten verbreitet werden können. Darum fort mit den großen Broten, kleine Schwarzbrötchen erfüllen denselben Zweck. Die Gäste müßten hinwiederum nur die Augen aussuchen lassen und ein aufgenommenes Brötchen nicht wieder zurücklegen.

Noch ein andrer Mißstand wäre zu bemängeln. Die Polizei hat z. B. die Anbringung von Spülwannen mit Zu- und Abfluß angeordnet. Der gute Zweck wird aber doch nicht voll erreicht. Die zu frischer Füllung ans Büffett gebrachten Gläser werden flüchtig ein-, zweimal untergetaucht und dann unter den Hahn gehalten. Die Untersätze, besonders die von Filz, sind doch wirklich nicht sauber. Was durch das Wasser in der Wanne abgespült wird, hilft die nächsten Gläser verunreinigen. Diese Art Säuberung ist unappetitlich und sicher nicht geeignet, eine Ansteckung zu verhindern. Die gebrauchten Gläser müßten unter fließendem Wasser gereinigt werden. Und die Servietten! Nachdem die Mittagsgäste sich verzogen haben, kann man beobachten, wie die gebrauchten Tücher angefeuchtet, zusammengefaltet und der „Schnellpresse" übergeben werden. Bald schmücken sie in zweifelhafter Weihe die Tafel. Wenn die Hingabe stets frischer Mundtücher zu kostspielig ist, warum bietet man da nicht Papierservietten, die doch wenigstens den Vorzug haben, nicht unappetitlich zu sein. Auf besonderen Wunsch könnte dann auch gegen ein kleines Entgelt ein absolut frisches Mundtuch gebracht werden. Das Publikum muß auch in dieser Beziehung auf eine bessere Lebenshaltung hingewiesen werden.

Neun Boote gekentert. Das stürmische Wetter brachte gestern nachmittag auf dem Seddinsee dreißig Menschen in schwere Lebensgefahr. Trotz des scharfen Windes, der namentlich durch seine Böen von Zeit zu Zeit gefährlich wurde, lagen auf dem weiten freien Gewässer zahlreiche Segelboote und auch vereinzelte Ruderboote. Mit gewaltiger Kraft setzte bald nach Mittag eine Bö ein und strich etwa dem Roackschen Restaurant Seddinsee der Länge nach über den See nach Zwiebusch und den Gosener Bergen zu. Was der Sturm auf seiner Bahn traf, streckte er glatt nieder. In wenigen Minuten kenterten acht Segelboote und ein Ruderboot, und eine Viertelstunde lang kämpften 30 Männer und Frauen mit den Wellen des tief aufgewühlten Gewässers. Die meisten Schiffbrüchigen, durchweg Berliner, waren des Schwimmens kundig und retteten sich selbst, andre wurden durch die Hilfsmannschaften eines Segelbootes, eines Dampfers und mehrerer Kähne nach anstrengender Arbeit in Sicherheit gebracht, bis auf einen Mann, der in den Fluten seinen Tod fand. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Wer der Ertrunkene ist, konnten wir nicht mehr ermitteln, in der Aufregung wurde er nicht gleich festgestellt. Wie es heißt, wäre auch er wohl noch gerettet worden, wenn er nicht unter einen Dampfer, der ihm zu Hilfe kommen wollte, geraten wäre. Schiffer wollen gesehen haben, daß noch eine zweite Person untergegangen und nicht wieder zum Vorschein gekommen sei. Die bisherigen Ermittelungen haben aber diese vermeintliche Wahrnehmung nicht bestätigt. —

Attentat auf einen Stadtbahnzug. Ein nichtswürdiger Bubenstreich ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Stadtbahn verübt worden. Als der um 12.50 Uhr auf dem Bahnhof Charlottenburg fällige Stadtbahnzug die Strecke Savignyplatz—Charlottenburg durchfuhr, wurde aus einem Hinterhause der Kantstraße ein scharfer Gewehrschuß abgefeuert. Die Kugel schlug wenige Zoll unter einem der rechtsseitigen Fenster des letzten Wagens mit starkem Knall ein. Der Insasse jenes gefährdeten Abteils, Herr Theatersekretär Tremmann, erstattete sofort nach Ankunft des Trains in Charlottenburg bei dem dienstthuenden Stationsbeamten Anzeige. Da die Kugel, wie eine Besichtigung des Wagens ergab, die starke Bekleidung desselben eingedrückt hatte und dann abgeprallt war, wurde sogleich die Strecke nach dem Geschoß abgesucht. Die Nachforschungen, welche auch noch am Sonntagmorgen fortgesetzt wurden, blieben leider erfolglos; das Geschoß konnte nicht aufgefunden werden. Uebrigens ist in den letzten Monaten an derselben Stelle schon öfter auf Stadtbahnzüge scharf geschossen worden, und es wäre wünschenswert, daß die Nachforschungen der Polizei nach dem bübischen Attentäter endlich Erfolg haben würden.

Wie gefährlich es ist, auf kleine Verletzungen nicht zu achten, zeigt wieder eine Vergiftung, die sich der 48 Jahre alte Händler Karl Eilert aus der Putbuserstr. 14 zugezogen hat. Der Mann schnitt sich beim Kartoffelschälen in einen Finger der linken Hand und legte der kleinen Wunde keine Bedeutung bei. Am Sonnabend-Nachmittag mußte er in ein Krankenhaus gebracht werden, da sich infolge einer Verunreinigung der Wunde Blutvergiftung eingestellt hat. So droht dem Unvorsichtigen aus einer Geringfügigkeit die schwerste Lebensgefahr.

Vermißt wird seit drei Wochen der Grenadier Paul Vietz von der 2. Compagnie des Regiments Kronprinz zu Königsberg, ein Sohn der Waschfrau Witwe Vietz aus der Bohenstraße 14. Der junge Mann diente im ersten Jahre und schrieb seiner Mutter wiederholt, daß er die beste Behandlung habe, die er sich nur wünschen könne. Am Sonntag vor drei Wochen verließ er die Kaserne, um ein Vergnügen mitzumachen, und ist seitdem verschwunden. Auch seine Mutter, die vom Truppenteil benachrichtigt wurde, hat nichts mehr von ihm gehört.

Die Selbstmord-Chronik ist in den letzten Tagen wieder reichhaltig. Schulden trieben den Bureaudiener Franz Sterz aus der Georgenkirchstr. 67 in den Tod. Sterz war in einem Dampfschiffahrts-Bureau am Reichstags-Ufer angestellt und hatte Gelegenheit, den Gastwirten der Nachbarschaft viele Auswanderer zuzuführen. Dafür gewährten sie ihm Kredit und Darlehen, ohne daß einer vom andern etwas wußte. Als sich aber schließlich herausstellte, daß er sie alle angeborgt hatte, mahnten sie ihn gemeinsam. Das veranlaßte den Mann, sich in seiner Wohnung an der Thürklinke zu erhängen. — Der 56 Jahre alte Maurer Wilhelm Hoffmann aus der Schliemannstr. 7 war seit drei Jahren nervenkrank und arbeitsunfähig, konnte aber mit Unterstützung seiner gut gestellten Kinder ohne Sorgen leben. In einem Anfall seines Leidens erhängte er sich am Sonnabendabend. — Der 51 Jahre alte Arbeiter Robert Kühn, der in der Amalienstr. 7 in Schlafstelle wohnte und als Abträger in der Central-Markthalle beschäftigt war, hatte früher so stark getrunken, daß sich seine Frau vor zwei Jahren von ihm trennte. Nun fühlte er sich vereinsamt, wurde lebensüberdrüssig und griff in der Nacht zum Sonntag zum Strick. Auf einem Zettel, den er hinterließ, hatte er geschrieben, daß seine Schwiegermutter an allem schuldsei. — Aus dem Landwehrkanal wurde am Sonnabend am Gartenufer die Leiche eines jungen Mannes gelandet, der noch nicht festgestellt werden konnte. Er ist 1,57 Meter groß, hat kurz geschorenes blondes Haar und kleinen blonden Schnurrbart und trug ein braunes Jackett, graue Beinkleider und Westen, ein weißes blangestreiftes Leinenhemd, braune Strümpfe und Gummizugstiefel. Sein weißes Vorhemd ist H. O. gezeichnet, ein Hosenträger dagegen Musketier Hoffmann. Die Regimentsnummer, die hinter dem Namen aufgenäht ist, kann man nicht sicher mehr entziffern; sie scheint 80 oder 50 zu sein.

Ein schwerer Straßenbahnunfall trug sich am Sonntagvormittag um 9¾ Uhr in der Invalidenstraße zu. Der 10jährige Sohn Gustav des Schneidermeisters Salewski aus der Invalidenstraße 126 hatte für seinen Vater einen Gang zu machen und nahm seinen 5 Jahre alten Bruder Karl mit. Dieser erschrak vor dem Hause Nr. 145 vor einem großen Hunde und lief rückwärts in einen Straßenbahnwagen, der von Moabit nach der Kastanien-Allee fuhr. Da der Führer den Wagen nicht mehr zeitig genug zum Stehen bringen konnte, so riß er den Knaben um und schleifte ihn unter der Plattform ein Stück Weges mit. Der Verunglückte erlitt sehr schwere Verletzungen am Kopf, an den Schultern und an den Beinen. Er wurde in fast hoffnungslosem Zustande mit einer Droschke nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht, wo er gestern abend noch bewußtlos daniederlag.

Unbekannter Toter. Am Sonnabend gegen 9 Uhr abends fiel ein feingekleideter Herr plötzlich in der Alexanderstraße, nahe dem Alexanderplatz, auf dem Bürgersteig leblos hin. Da der hinzugerufene Arzt nur den Tod durch einen Herzschlag feststellen konnte, so brachte ein Schutzmann des 20. Reviers die Leiche mittels Droschke nach dem Schauhause. Ueber die Persönlichkeit des Toten ließ sich nichts feststellen, da derselbe keinerlei Papiere bei sich trug; dem Aeußeren nach zu urteilen schien der Verstorbene den besser situierten Kreisen anzugehören.

Ein interessantes Schauspiel wird sich am Sonntag, den 3. August, in dem beliebten Ausflugsort Friedrichshagen mit seinem herrlichen Müggelsee den Berlinern bieten. Arbeiter-Sportfest! Vielen ist leider der Sport nur als Unterhaltung der besitzenden Kreise bekannt und ihnen erscheint die Ausübung desselben durch Arbeiter geradezu überflüssig. Da ist es angebracht, auf das Urteil ärztlicher Autoritäten hinzuweisen, daß das Rudern, Radfahren, Segeln, Schwimmen usw. der Gesundheit in hohem Grade förderlich ist, und da Gesundheit das höchste Gut auch des Arbeiters ist, so mag sich mancher die Frage vorlegen, ob er in Zukunft seine wenigen freien Stunden dazu benutzen will, in schlechter Großstadt- und Kneipenluft seinen Körper widerstandsunfähig zu machen oder ihn in frischer Luft und gesunder Ausarbeitung zu stählen und zu kräftigen. Gelegenheit dazu bietet der kommende Sonntag, wo die betreffenden Vereine zeigen werden, welche Macht der Arbeitersport aus kleinen Anfängen heraus geworden ist. Ob zu Wasser oder zu Lande, alle werden sie wetteifern, um das Fest zu einem großartigen zu gestalten und neue Genossen ihren Reihen zuzuführen im Interesse der Arbeiter selbst.

Berichtigung. Im Inserat der Sonntags-Nummer ist irrtümlich ein Schlußtermin für den Dampferbillet-Vorverkauf angegeben. Der Vorverkauf findet bis zum Tage des Festes statt. (Alles Nähere siehe Inserat.)

Feuerbericht. In der Wohnung des Bierverlegers O. Frickert, Ritterstraße 100, kam Sonntagabend gegen 10 Uhr ein Schadenfeuer aus, das fast die gesamte Wohnungs-Einrichtung einäscherte. F. war mit seiner Familie schon kurz nach Mittag von Hause weggegangen und fand bei seiner Rückkehr die ausgebrannte Wohnung vor. Die Entstehungs-Ursache des Brandes ist nicht ermittelt. — Vorher brannten Kostizstraße 20 Kisten und Kohlen im Keller. — Rüdersdorferstr. 16 war ein Küchenbrand abzulöschen. — Fußboden und Balkenlage wurden Gerichtstraße 36, Tieckstraße 7 und Kaiser Wilhelmstraße 18 eingeäschert. — Kleinere Brände wurden noch von Metzerstraße 38, Invalidenstraße 137 und Putbuserstraße 47 gemeldet. — Montagnachmittag hatte die Wehr in zwei Fällen Wasser zu geben und zwar Zehdenickerstraße 12, wo ein Stubenbrand, und Brückenstraße 15, wo ein Kellerbrand abzulöschen war. Mittag standen Engel-Ufer 1b Regale und Kartons in Flammen. Große Frankfurterstr. 5 mußte etwas später ein Zimmerbrand beseitigt werden, der Betten und

Möbel einäscherte. Zu gleicher Zeit wurden Müncheberger Str. 21 Kleidungsstücke und Gerümpel in einem Verschlage durch Feuer zerstört.

Der Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Dienel in der Martenkirche am Mittwoch, den 30. Juli, mittags 12 Uhr, bietet Kompositionen von Bach, Tartini, Schubert, Mendelssohn, Schumann, Alb. Becker, Guitmant, Georg Henschel und Dienel, die ausgeführt werden von Frl. Margarete Schmidt, Frl. Marga Lemmerhirt, Herrn Georg Diburg, Herrn P. Heuer und Herrn Dienel. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Gehaltserhöhungen „oben" und Lohnzulagen „unten".

Man schreibt uns aus Schöneberg: Mit Hängen und Würgen hatten bekanntlich unsre städtischen Arbeiter, die der Straßenreinigung zugeteilt waren, vom 1. April d. J. ab eine Lohnzulage von 25 Pf. täglich erhalten. Das bedeutete eine Erhöhung des Einkommens von 3,50 M. auf 3,75 M. In Anbetracht der wahrlich nicht beneidenswerten Beschäftigung und noch dazu bei zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit ein gewiß nicht zu großen Ansprüchen verlockendes Einkommen.

Berücksichtigt man die nicht stets ganz einwandsfreie Beaufsichtigung und ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis, wodurch mancher Liebedienerei Thür und Thor geöffnet werden, so erklärt sich die große Scheu vor der Annäherung unsrer städtischen Arbeiter an bestehende oder der Schaffung eigner Organisationen. Jedenfalls aber wird auch jene Kategorie der städtischen Angestellten diesem Gedanken mit der Zeit ernsthaft näher treten müssen, wenn sie nicht wieder auf das „gute Herz" der oberen Kommunalbehörden sich verlassen will. Denn trotz früherer Petitionen um Erhöhung ihres kärglichen Lohnes mit dem Hinweis auf die verteuerte Lebenshaltung wollte keine Besserung eintreten. Da plötzlich bei der diesjährigen Etatsberatung (es sollte der Millionensegen der Englischen Gasgesellschaft über die Stadt ausgeschüttet werden) schien die Stimmung für die mit am schlechtesten bezahlten städtischen Angestellten umzuschlagen: sie sollten aus dem genannten Füllhorn auch ihren Antheil haben; freilich war er nachher nur recht bescheiden. Der diplomatische Vertrag mit der Englischen Gasgesellschaft kam zu stande und — die Arbeiter hatten ihre 25 Pfennige täglich weg! — Die Mehrbelastung des Etats betrug annähernd **4500 Mark** bei ungefähr **70** Arbeitern.

Auf der andern Seite freilich schien Bescheidenheit nicht am Platze zu sein. Die Gehaltspositionen mit den „Teuerungs- und etatsmäßigen Zulagen" der ersten Beamten wurden denn auch — freilich in „geheimster" Sitzung — mit der nötigen Gründlichkeit erledigt. Das Gehalt des ersten Bürgermeisters, das auf eine gewisse Amtszeit bekanntlich fest normiert ist und sich infolge dessen ohne weiteres nicht erhöhen kann, betrug bisher einschließlich Mietsentschädigung 14 100 M. Zur Abrundung wurde dasselbe von der Mehrheit auf 17 000 Mark erhöht, also ein Mehr von 2900 M., d. i. eine wöchentliche Zulage von ca. 56 M. — Das Gehalt des zweiten Bürgermeisters, das unter denselben Bedingungen vorher 10 000 M. betrug, erhöhte man um 1500 M. — Das Gehalt des Stadtbaurats Egeling, das sich von drei zu drei Jahren um je 500 M. erhöhen soll, steigerte man gleich um 1650 Mark; dasselbe beträgt jetzt 9000 M. Von **fünf** Beamten allein betrug die Erhöhung der Gehaltsposition gegen 9600 Mark. — Hier wochenlange Ferien — dort der alltägliche Straßenstaub. Das nennt man dann „ausgleichende Gerechtigkeit".

Die Charlottenburger Stadtverordneten sind zum Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Vorlage, betreffend Nachbewilligung von Mitteln für den Bau des neuen Krankenhauses. Es handelt sich um eine Forderung von 27 100 Mark zur Ausführung der Dampfkesselanlage sowie der Haupt-Dampf- und Kondensleitungen über die bereits bewilligte Summe hinaus. Die 27 100 Mark sollen der Anleihe von 1899 entnommen werden. — Die zweite Vorlage betrifft die Bewilligung von 1300 Mark aus den laufenden Mitteln der Gasanstalts-Verwaltung als Miete für weitere Verwaltungs- und Magazin-Lagerräume.

Ein städtisches Mädchen-Gymnasium wird jetzt auch in Charlottenburg errichtet, nachdem nunmehr beim dortigen Magistrat die Erlaubnis dazu vom Ministerium eingetroffen ist. Das Gymnasium soll sechs Klassen erhalten und nur Mädchen vom vollendeten 12. Jahre an aufnehmen. Ein gemeinsamer Unterbau mit der schon jetzt bestehenden städtischen höheren Mädchenschule soll geschaffen werden, wonach die Absolventen der 4. Klasse auf Wunsch nach der Tertia des Gymnasiums versetzt und dann bis zur Ober-Prima einen sechsjährigen Lehrgang zu durchlaufen haben werden.

Der Charlottenburger städtische Arbeitsnachweis ist mit der Schulverwaltung und der Waisenpflege derart in Verbindung gesetzt, daß die zur Entlassung kommenden Schüler sowie die Pfleglinge der Waisenverwaltung geraume Zeit, bevor sie in die Lehre zu treten wünschen, dem Arbeitsnachweis gemeldet werden. Dadurch verfügt der städtische Arbeitsnachweis jeder Zeit über eine größere Zahl von Lehrlingen. Während im allgemeinen über Lehrlingsmangel geklagt wird, ist aber geradezu ein Mangel an offenen Lehrstellen zu verzeichnen, weil in den Kreisen der Lehrmeister die neue Einrichtung noch nicht genügend bekannt ist. Zur Zeit sind 153 Knaben, die in die Lehre treten wollen, angemeldet. Für die Pfleglinge der Charlottenburger Waisenverwaltung sind Lehrstellen mit freier Kost und Wohnung erwünscht.

Ein tödlicher Unfall, der in seinen Ursachen noch nicht aufgeklärt ist, hat sich am Sonntagnachmittag um 1/2 Uhr auf dem Victoria Luise-Platz in Schöneberg ereignet. Der Straßenbahn-Schaffner Brandenburg, welcher den Rangierwagen Nr. 1750 bediente, wollte die Kontaktstange umlegen und trat zu diesem Zweck zwischen seinen Waggon und die Vorderplattform des Motorwagens 2132 der Linie Görlitzer Bahnhof—Victoria Luise-Platz. Plötzlich gerieten die Wagen aneinander, wobei B. zwischen die Wände der Plattform gequetscht wurde. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels, eine Quetschung des linken Unterschenkels und schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte wurde, nachdem ihm auf der Unfallstation die erste Hilfe zu teil geworden, nach dem Elisabeth-Krankenhause geschafft, woselbst er gegen 11 Uhr abends verstarb. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat bisher keine Aufklärung über die Ursache des Unfalls ergeben, umsoweniger, als von den Zeugen niemand anzugeben vermag, welcher der beiden Wagen in Bewegung gesetzt worden war.

Aus Rixdorf. Bei einer braven That verunglückt ist am Sonntagabend der Arbeiter Karl Roche aus der Schöneweiderstr. 12 hierselbst. R. sah, wie ein durchgehendes Fuhrwerk die Grenz-Allee dahergejagt kam. Um Unheil zu verhüten, versuchte R. das Gespann aufzuhalten, kam aber dabei zu Fall, wurde überfahren und erlitt einen Knöchelbruch. Nachdem er in der Unfallstation einen Verband erhalten, wurde der Verunglückte nach dem Britzer Kreis-Krankenhaus geschafft. Fast auf gleiche Weise kam Tags zuvor der Stuccateur Koch aus der Steinmetzstraße zu Schaden. Auch dieser versuchte ein durchgehendes Gespann aufzuhalten, fiel dabei zu Boden und erlitt einen Armbruch. Bei einem Unfall erlitt der 42 Jahre alte Arbeiter Reinhold Tholi, Thomasstr. 4 wohnhaft, vor kurzem eine schwere Kopfverletzung. Seitdem litt der Bedauernswerte zeitweilig an Geistesgestörtheit. In einem solchen Anfalle hat sich Tholi am Sonnabendabend in seiner Wohnung erhängt. — Wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem achtjährigen Mädchen, wurde gestern der Arbeiter Wilhelm Swatt aus der Ziethenstraße 62 verhaftet. Wegen eines ähnlichen Vergehens ist S. bereits mit Zuchthaus vorbestraft.

Neu-Weißensee. Das von der Gemeindevertretung unterm 16. Juni d. J. beschlossene Ortsstatut über die Anlegung und Unterhaltung von Bürgersteigen ist vom Kreisausschuß des Kreises Nieder-Barnim genehmigt worden und tritt mit dem 21. Juli d. J. in Kraft. Die Kosten haben die Adjacenten zu 3/4 und die Gemeinde zu 1/4 zu tragen. Die Beiträge haben die Natur öffentlicher dringlicher Abgaben und unterliegen der Beitreibung im Verwaltungs-Zwangsverfahren nach Maßgabe der Verordnung vom 15. November 1899. Hoffen wir, daß obiges nicht auf dem Papier steht, sondern das hiesige „Hühneraugen-Pflaster" bald beseitigt ist. —

Die Nichtgenehmigung des Ortsstatuts betr. die Ausdehnung der Kranken-Versicherungspflicht auf die Hausindustriellen und Heimarbeiter seitens des Kreisausschusses hat hier allgemeine Verwunderung hervorgerufen. Der Grund, für alle Orte um Berlin die Versicherungspflicht gleichzeitig anzuordnen, bezweckt wohl nur, diese Sache in die Länge zu ziehen oder aber ganz verschwinden zu lassen. Es wäre erwünscht, wenn alle Arbeitervertreter, so weit es noch nicht geschehen, einen diesbezüglichen Antrag an die Gemeindevertretungen zur Beratung und Annahme stellen, denn für die einzelnen Gemeinden sowohl wie für die betreffenden Arbeiter selbst wäre die Versicherungspflicht von Vorteil. Die Fälle sind zu häufig, wo erkrankte Heimarbeiter den Gemeinden zur Last fallen und die Krankenhäuser ihrer Aufnahme Schwierigkeiten in den Weg legen, weil keine Krankenkasse für sie eintritt. Zuguterletzt gehen sie auch noch ihres Wahlrechtes verlustig.

Johannisthal. Der Kanalisations-Zweckverband für die Gemeinden Johannisthal, Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau und Glienicke bedeutet für die betreffenden Gemeinden eine schwere Belastung. Einzelne Gemeinden werden bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Durch das Ausscheiden der Gemeinde Treptow, welche an die Berliner Kanalisation angeschlossen wird, aus dem Zweckverband werden die Kosten für die übrigen Gemeinden bedeutend vergrößert, dazu kommt noch, daß zur Vervollständigung des vorhandenen Terrains noch ein größerer Komplex angekauft werden mußte. Auch die Verwaltungskosten stellen sich erheblich höher. So sind dem Vorsitzenden des Zweckverbandes, dem Gemeindevorsteher Teitge in Nieder-Schöneweide, welcher dies Amt als Ehrenamt verwaltet, anstatt der vorgesehenen 1000 Mark pro Jahr 2400 Mark bewilligt worden und für eine erste und zweite Schreibhilfe weitere 1500 Mark pro Jahr. Noch ein andrer Umstand giebt der Gemeinde Veranlassung zu ernsten Besorgnissen. Das zu den Berieselungszwecken angekaufte Gelände, dessen Ankauf seiner Zeit mit einer gewissen Hast durchgesetzt wurde, hat sich als äußerst lehmreicher Boden erwiesen, so daß Schwierigkeiten, wie sie Charlottenburg mit seinen Rieselfeldern hat, nicht ausgeschlossen sind. Wenn nun auch die Kanalisation die Vorbedingung für die weitere günstige Entwicklung der betreffenden Orte ist, so bedeutet sie auch zugleich eine weitere wesentliche Erhöhung der Kommunalabgaben, die in einzelnen Orten jetzt schon sehr hohe sind. Für Johannisthal dürfte eine Erhöhung des Steuerzuschlags, der jetzt 180 Proz. beträgt, auf über 200 Proz. zu erwarten sein, ohne die zu erwartende Mietssteigerung, da ja die Hausbesitzer den größten Teil der Mehrbelastung auf die Mieter abwälzen werden. Für die Einwohner also wenig erfreuliche Aussichten, zumal die Mieten sich jetzt schon von den Berliner Preisen wenig unterscheiden.

Bootsunglück. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr nahmen vier junge Leute (zwei Damen und zwei Herren) im Alter von 18 bis 20 Jahren in Schildhorn, Restaurant von Ritzhaupt, einen sogenannten Tretmotor und machten eine Wasserpartie. Gleich hinter Schildhorn machte ein 18jähriger junger Mann, in Schöneberg wohnhaft, welcher zu obiger Gesellschaft gehörte, einige Kunststücke und fiel dabei ins Wasser. Die Zurückgebliebenen wollten Hülfe leisten, aber R. meinte, er könnte schwimmen und gleich darauf verschwand er im Wasser, ohne wieder zum Vorschein zu kommen. — Ein weiteres Unglück ereignete sich gestern nachmittag in Wilhelminenhof. Dort hatte ein Tischler Arthur Mittelstädt mit einem Freund ein Boot geliehen. Bei Ostende wollte M. ein Bedürfnis verrichten. Dabei fiel er über Bord und ertrank.

Die Unvorsichtigkeit der Frauen beim Reinigen von Fensterscheiben hat gestern einen beklagenswerten Unfall herbeigeführt. In der Bahnhofstraße zu Rummelsburg stürzte eine Frau Berndt beim Scheibenputzen zum Fenster hinaus. Im Krankenhause am Friedrichshain, wohin man die Verunglückte schaffte, wurde ein Bruch der Wirbelsäule festgestellt, so daß sie hoffnungslos daniederliegt.

Gerichts-Zeitung.

Zwei Anklagen wegen versuchter Erpressung gelangten gestern zur Verhandlung. Im ersten Falle hatten sich die Fabrikbesitzer F.schen Eheleute zu verantworten. Im Jahre 1891 erkrankte das 10 Monate alte Kind der Angeklagten. Es wurde vom Dr. Cl. behandelt. Die Mutter des erkrankten Kindes war mit der ärztlichen Behandlung nicht zufrieden und nahm nach einigen Wochen einen andern Arzt an. Als das Kind dann starb, glaubte die Mutter dies auf die verkehrte Behandlung des ersten Arztes zurückführen zu sollen, und als Kläger dann seine Rechnung über 33 M. einsandte, erfolgte keine Zahlung. Der Arzt beschritt den Klageweg, gegen den Zahlungsbefehl wurde Einspruch nicht erhoben und für die Schuld ein Möbelstück bei den F.schen Eheleuten gepfändet. Nun richtete die Ehefrau F. an den Arzt ein Schreiben, worin sie ihm mitteilte, daß sie seine Rechnung für zu hoch hielt, er möge überhaupt von jeder Klage Abstand nehmen, da sonst nicht zu vermeiden sei, daß die traurige Angelegenheit in öffentlicher Verhandlung zur Sprache komme. Einige Zeit später erschien der Ehemann F. beim Arzt und bot ihm die Hälfte seiner Forderung. Als der Arzt sich ablehnend verhielt, entfernte F. sich mit einer Bemerkung, die der Arzt ebenfalls als eine Drohung auffaßte. Der Staatsanwalt hielt ebenfalls die Thatbestandsmerkmale der versuchten Erpressung für vorliegend und beantragte gegen die Angeschuldigten eine Gefängnisstrafe von je einer Woche. Der Gerichtshof erkannte an, daß objektiv zweifellos eine versuchte Erpressung vorliege, es sei aber fraglich, ob die Angeklagten das Bewußtsein von der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise gehabt hätten und deshalb habe der Gerichtshof vorgezogen, ein freisprechendes Urteil zu fällen.

Ernster lag der Fall, der gegen den Stationsgehilfen Hermann Sch. verhandelt wurde. Der Angeklagte war früher in einer kleinen Provinzstadt, wo er sich mit einem jungen Mädchen verlobt hatte, ohne daß dessen Vater mit diesem Verhältnisse einverstanden war. Als er dann Vorbereitungen für die Hochzeit traf, wurde ihm seine Stellung gekündigt mit der Begründung, daß man einen verheirateten Beamten nicht gebrauchen könne. Der Angeklagte wandte sich nach Berlin und fand hier Stellung als Stationsgehilfe bei der Hochbahn. Seine Mittel waren inzwischen erschöpft und er wurde von Schulden gedrückt. Er wandte sich an seine Braut und erklärte am Schlusse seines Briefes, daß er sich eine Kugel vor den Kopf schießen müsse, wenn ihm nicht Hilfe werde. In einem zweiten Briefe wurde der Angeklagte noch dringender, er verstieg sich zu der Drohung, daß er das zwischen ihnen bestehende Verhältnis mit allen seinen Intimitäten offenbaren müsse, wenn er kein Geld erhalte. Der Staatsanwalt erblickte in beiden Drohungen je eine versuchte Erpressung und hielt besonders den zweiten Fall für so schamlos und auf eine niedrige Gesinnung schließend, daß er gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und zweijährigen Ehrverlust beantragte. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Verteidigers, Refer. Wittecken als Vertreter des Rechtsanwalts Dr. Schwindt, insoweit, als der Angeklagte nur wegen des zweiten Falles zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 43. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Unzeitige Romantik. Minimallohn und Arbeiterbeamtentum. Von W. Liebknecht. — Zur bayrischen Wahlrechtsreform. Von Hans Rollwagen-Augsburg. — Die sozialistische Partei Brasiliens. Von Paul Löbe. — Ein Beitrag zur Parteigeschichte in Oestreich. Von Victor Stein. — Vom Naturalismus im Roman. Von Franz Diederich-Bremen. — Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Kugelmann. (Fortsetzung.)

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 16 des 12. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Dummdreiste Lügen. — Die Frauenfrage. II. Von Georg Ledebour. — Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen. Von Martha Tietz. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Sage von Sagenfeld. Von Mark Twain. (Schluß.) — Notizenteil: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrswesens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstbotenfrage. — Sittlichkeitsfrage. — Frauenbewegung. — Adressenverzeichnis der Vertrauenspersonen der Genossinnen.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob" hat soeben die Nr. 16 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir die beiden farbigen Bilder „Nach dem Duell" und „Kulturarbeit" hervor. An weiteren Illustrationen enthält die Nummer noch das Vollbild „Zur Wahlrechtsfrage" sowie die Zeichnungen „Der Corpsstudent", „Der deutsche Bildhauer", „Budde und die Agrarier" und „Auf dem Wege nach China". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Campanile von San Marco" (von Max Kegel), „Christliche Arbeiter", „Kriegsgesang der Hakatisten", „Der Geist der Revolution", „Der rechte Kurs", „Sommerfrische", „De rohde Nelle" (in sächsischem Dialekt) sowie außer einer Anzahl kleinerer Scherze noch die Feuilletons „Graf Pückler vor Gericht" und „Dreibund". Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Vermischtes.

Der Orkan in der Rheinprovinz. Ueber die durch den gestrigen Sturm verursachten Verwüstungen und Unglücksfälle laufen jetzt aus den nördlichen Teilen der Rheinprovinz nähere Meldungen ein. In Eschweiler schlug der Blitz in die Centrale der elektrischen Kleinbahn, deren Betrieb dadurch gestört wurde. In der Stadt Aachen und in der Umgegend wütete der Orkan mit größter Heftigkeit, stürzte Schornsteine um und deckte Dächer ab. Mehrere Personen wurden durch herabfallende Ziegel verletzt. Beim Beginn des Sturmes wurden in Aachen erdbebenartige Erscheinungen verspürt. Das Unwetter bewegte sich in der Richtung von der belgischen Grenze nach Köln zu. Bei Stolberg wurden mehrere Personen unter den Trümmern eines einstürzenden Portals begraben und zum Teil schwer verletzt. In dem Weisweiler und Hambacher Wald bei Jülich wurden Hunderte von Bäumen entwurzelt. Die 500jährige Linde in Eilendorf wurde vernichtet. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen wurden auf verschiedenen Strecken unterbrochen. Auch in Bergheim wurden große Verwüstungen angerichtet. Der durch den Hagelschlag an den Feldfrüchten angerichtete Schaden läßt sich jetzt noch nicht übersehen.

Schwere Gewitter. Am Sonntagabend richteten schwere Gewitter in Südbayern vielfach Schaden an. Die Kirche Sankt Heinrich bei Ambach am Starnberger See wurde durch einen Blitzschlag entzündet und sämtliche Holzteile eingeäschert. Das ganze Vilsthal bei Landau an der Isar wurde durch Hagelschläge verwüstet, die Eisenbahnzüge hatten große Verspätungen. Im Marktflecken Langquaid, in Pasing, einem Nachbarort Münchens und in Straußdorf bei Grafing schlug der Blitz in Gebäude, welche niederbrannten.

Unglück bei einer Feuerwehrübung. Als am Sonntagnachmittag die freiwillige Feuerwehr in Plauen (Vogtland) anläßlich ihres 30jährigen Stiftungsfestes eine Uebung abhielt, stürzten, wie der „Vogtländische Anzeiger" meldet, infolge eines plötzlichen Windstoßes zwei Schiebeleitern um. Dabei wurde ein Kind getötet, ein andres und sieben Feuerwehrleute verletzt, darunter zwei schwer. Die Festlichkeit wurde sofort abgebrochen.

Abgestürzt. Das „Regensburger Morgenblatt" meldet aus Partenkirchen: Sonnabendnachmittag wurde der Realschullehrer Kreuther aus Regensburg beim Abstieg von der Zugspitze 16 Meter unterhalb derselben vom Schlage getroffen und war sofort tot. Sein Begleiter, der Realschulassistent Poellein, erschrak hierüber so sehr, daß er abstürzte und dabei ebenfalls den Tod fand. Beide Leichen wurden gestern nach Partenkirchen gebracht.

Beerdigung der Opfer der Hamburger Schiffskatastrophe. Am Sonntagnachmittag 3 Uhr fand die zweite Massenbestattung von 23 mit dem „Primus" untergegangenen Personen von der Leichenhalle am Lübecker Thor aus statt. An dem Trauerzuge beteiligten sich viele Liedertafeln und Gewerkschaften und Tausende von andren Leuten. In den Straßen, die der Trauerzug passierte, bildeten gewaltige Menschenmassen Spalier. Am Grabe wurden mehrere Ansprachen gehalten.

Sturm in England. London, 27. Juli. Gestern nacht und heute morgen wütete hier ein heftiger Sturm, der viele Bäume entwurzelte und die anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten angebrachten Dekorationen in verschiedenen Teilen der Stadt zerstörte. Der Sturm warf die für die Krönung errichtete Tribüne im Strand um, welche beim Fallen eine Anzahl Vorübergehender verletzte. Andre Tribünen sind ebenfalls beschädigt.

Von der Cholera. Petersburg, 28. Juli. Wie aus Charbin gemeldet wird, sind dort vom 15. bis 23. Juli 143 Russen und 340 Chinesen an der Cholera erkrankt. Gestorben sind 106 Russen und 276 Chinesen. Die Epidemie läßt jetzt nach. — Kairo, 27. Juli. Nach dem amtlichen Bericht sind in Kairo 52, in Assiut 12 neue Cholerafälle festgestellt worden. Montag, den 28. Juli. Hier wurden gestern 38 Todesfälle an Cholera und 35 neue Cholera-Erkrankungen festgestellt, in Mucha 28 Todesfälle und 10 neue Erkrankungen.

Witterungsübersicht vom 28. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	WSW	5	wolkig	14	Haparanda	751	S	2	wolkenl	15
Hamburg	762	WSW	5	wolkig	13	Petersburg	753	SW	2	heiter	18
Berlin	761	WSW	5	heiter	16	Cork	766	W	3	wolkig	15
Frankf./M.	766	W	5	wolkig	15	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	769	W	3	Regen	12	Paris	770	SW	2	wolkenl	14
Wien	764	W	4	Regen	16						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. Juli 1902.

Nachts sehr kühl, am Tage wärmer, ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

Spandowerhagen. Brief der Redaktion übergeben. Die Partei-Zeitung für Pommern ist der „Stettiner Volksbote", Stettin, Schillerstr. 11.

Briefkasten der Redaktion.

E. Sch. 1. und 2. Ja. 3. Uns ist eine solche Kasse nicht bekannt. Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. 4. Beides ist zulässig. Zweckmäßiger ist die Zurückforderung und Abfassung eines neuen Testaments oder die Einreichung des Nachtrags an dasselbe Gericht, dem Sie das Testament übergeben haben. — **Frenzel.** 1.—3. Ja. Die Verjährungsfrist beträgt 2. Jahr. — **E. 50.** Jeder Erbe kann allein klagen. Der Testamentsvollstrecker ist gleichfalls klageberechtigt. Der Mittellose kann Bewilligung des Armenrechts für sich erwirken. — **F. G. 95.** 1. Nein. 2. Nein. Die krankenversicherungspflichtige Arbeiterin hat einen Anspruch gegen die Kasse (nicht den Chef), auch wenn sie nicht angemeldet ist. Die Kasse kann auf Rückerstattung gegen den Chef klagen. — **F. D. Charlottenburg.** Ja.

R. H. 74. Bestimmte Anwälte zu empfehlen lehnen wir ab. Wenden Sie sich in Ihrem Fall an die Gewerkschaftskommission. Die Vertretung durch einen Anwalt ist überflüssig. — **Paul Schölicke.** 1. Nein: Dienstmädchen sind nicht krankenversicherungspflichtig. Die Herrschaft ist für die Dauer von sechs Wochen zur Tragung der Kur- und Verpflegungskosten verpflichtet, falls nicht das Dienstverhältnis früher endet. 2. Ja. — **C. G. 20.** 1. Nein. 2. Lohnpfändung wegen Darlehnsschulden ist unzulässig, falls der Lohn 1500 M. nicht übersteigt. — **W.** Nein. — **M. P.** Die Schläger sind für den Schaden verantwortlich. Es ist ratsam, auch den Mieter mitzuverklagen. Aber dessen rechtliche Haftbarkeit ist zweifelhaft. — **L. Z. 41.** Sprechen Sie mit den Papieren in der Sprechstunde vor und tragen dort die Sachlage vor. — **E. M. 9.** Innerhalb eines Jahres könnte Zurückforderung gerichtlich geltend gemacht werden, weil dies Aufwendungen oder Geschenke waren, die aus Anlaß des Verlöbnisses gemacht sind. — **E. Schirrmacher.** Wenden Sie sich beschwerdeführend an die Schuldeputation. — **H. W. 90.** Unterlassen Sie das lieber, falls der Betreffende nicht freiwillig zahlt. Jedenfalls unterlassen Sie jegliche Drohung. — **H. W. 91.** Ja. — **A. J. 500.** Die Verpfändung ist ungiltig, zur Zahlung sind Sie aber verpflichtet. Auf Ratenzahlungen braucht sich die Gläubigerin nicht einzulassen. Die Gläubigerin müßte aber zunächst klagen. — **A. 12.** Nein. Sie können sich aber an den Zugführer wenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Montag, den 28. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr. Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyclus: Dorothea. — Der Regimentszauberer. — Die Hanni weint — der Hansl lacht. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Brautlotterie. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Der Barbier von Sevilla. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Der Dämon. Hierauf: Sie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zerrissene. Anfang 7½ Uhr.
Secession. Silbersteins Flitterwochen. Anfang 8 Uhr.
Wolzogens Buntes Theater. (Ueberbrettl.) Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper.**
Franceschina Prevosti:
Der Barbier von Sevilla.
Mittwoch: **Die verkaufte Braut.** Kom. Oper in 3 Akten von Smetana. Nationaltänze von 16 Tänzerinnen. Donnerstag: Franceschina Prevosti: **Traviata.** Freitag: **Die verkaufte Braut.**

Apollo-Theater
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: **Die grossartigen Specialitäten.**
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Am 1. August Wiederauftreten von Robert Steidl.
Kassenöffnung 7 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1½ Uhr.

Mentel, Pietro, Britton, Max Steidl, Krone, Böhme, Bleck, mann, Plättner ꝛc.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen. Tanz frei!**
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pfg.

Fröbels
Allerlei-Theater
früher Puhlmann
Schönhauser Allee No. 148.
Nur noch 3 Tage der einzig dastehende
Juli-Spielplan.
Karl Braun.
Hugo Schulz.
Um 8 Uhr: Gr. Erfolg:
Die Weber.
Täglich: **Großer Ball.**
Anfang 5 Uhr — Entree **30 Pf.**
Mittwoch: Grosser Elite-Abend.
Freitag: Abschieds-Benefiz für Herrn Carlos Duchow.
Einmalige Aufführung: **Durch Feuer und Wasser.**

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Dämon.
Hierauf: **„Sie".** Nachtscene in 1 Akt von G. Schätzler-Perasini.
Im Garten: Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern.

Passage-Panopticum.
Holes Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

Schweizer Garten
Am Königsthor 4202Ƨ*
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz.
Jeden Abend 10 Uhr:
Die Balletschule.
Große Gesangsposse mit Tanz v. Anno.

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Neu! **Täglich:** Neu!
Großstadtleben.
Gr. Ausstattungsposse in 2 Bildern von Reichard. Musik von Schmidt.
Ia Specialitäten.
Entree **20, 30** und **50 Pf.**
Sonntags: **Ball.**
Empfehle meine Räumlichkeiten den verehrten Vereinen und Gewerkschaften bestens, billigste Bedingungen. **Richard Wagner.**

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Abteilg. von Hugo Schulz.
Ballettiges. Catrini. Kostüm-Soubrette Paula Grigatti. Groteske-Komiker Senor u. Berad. Miss Kitty, Sport-Akt. Barsikow-Truppe, Parterre-Akrobaten. Mr. Bartling, leb. Photographien. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Max Kliems
Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Gediegene Gesellschaft.
Nur keine Männer!
Burleske mit Gesang und Tanz von Gericke.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Nur noch bis zum 31. Juli:
Willy Agoston.
Berlin auf Stelzen.
's Lieferl.
Außerdem: Theater, Konzert u. das grossartige Specialitäten-Programm.
Dienstag, den 12. August: Benefiz für Karl Lohmann und Waldi Jasinski: „Der Bettelstudent von Berlin".

5½ Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstraße 9, Kraußtraße 19, Falkensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2.

Teppiche
kauft man in Prachtexemplaren in allen Grössen und nur **guten Qualitäten** jetzt **spottbillig** im
Ausverkauf
des seit 43 Jahren bestehenden Geschäfts von
A. Löwenthal
Berlin C. 4705Ƨ
Breitestr. 20, Ecke Scharrenstrasse.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Mühlenstrasse Nr. 8, an der Warschauerstr., sind vom 1. Oktober ab billige Hofwohnungen von 2 Stuben ꝛc. zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 4693Ƨ*

Mente's Volksgarten
Lichtenberg, Röderstr. 35|36 und Landsberger Chaussee
5 Minuten vom Bahnhof Landsberger Allee.

Sonntag, den 10. August 1902:
XI. Sängerfest
des
Arbeiter-Sängerbundes
Berlins und Umgegend.

200 Gesangvereine | **Sängerfestzug**
Massengesänge | **Einzelgesänge**
Doppel-Konzert. | **Brillant-Feuerwerk.**

Im grossen Saal **TANZ;** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen **50** Pfg. nach.
Die Kaffeeküche ist bis **6 Uhr abends** geöffnet.
Sitzplätze für 20 000 Personen.
Anfang: **Früh 8 Uhr.** — Billets vorher **20 Pfg.;** an der Kasse **30 Pfg.**
Fahr-Verbindung: Mit der Stadt-, Ring- und Strassenbahn bis Haltestelle Landsberger Allee, sowie Thorwagen je nach Bedarf.

Achtung Sänger! Donnerstag, den 7. August, abends 8½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain: **Generalprobe.**
Der Vorstand.
16/16

Arbeiter-Sportfest
am Sonntag, den 3. August 1902 in den Gesamträumen
des Müggelschlößchen und des Strandschlosses
am Müggelsee bei Friedrichshagen
veranstaltet von den
Arbeiter-Sport- und Turn-Vereinen
Berlins und Umgegend
bestehend in sportlichen Veranstaltungen aller Art: Korso-Reigenfahren der Radfahr-Vereine. Reigen- und Riegen-Schwimmen sowie Springen u. Wasserball-Spiel. Geschwader-Segeln u. Rudern. Segel- u. Ruder-Regatta. Turnerische Aufführungen. Massengesänge. Volksbelustigungen aller Art.
Großes Konzert von 3 Kapellen.
Die Kaffeeküche ist im „Strandschloß" während des ganzen Tages, im „Müggelschloß" von 8—10 und 2—6 Uhr geöffnet.
Anfang 8 Uhr früh. **Eintritt à Person 20 Pf.**
Die verehrlichen Festteilnehmer erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß es uns gelungen ist, mit einer Dampfschiffahrts-Gesellschaft einen günstigen Vertrag im Interesse der Teilnehmer abzuschließen. Dieselbe befördert Personen von **Café Alsen,** Vor dem Schlesischen Thor 2, nach dem Festplatze. Die Hin- und Rückfahrt kostet **70** Pfennig. Kinder bis zu 10 Jahren sind frei. Die Dampfer fahren nach Bedarf von früh morgens um 7 Uhr an. Café Alsen ist mit der Stadt-, Hoch- und Elektrischen Bahn bequem zu erreichen. Vorverkauf der Dampfer-Billets bei **L. Lang,** Scharrenstraße 14, III; **F. Kell,** Köpnickerstraße 123; **W. Härtig,** Andreasstraße 43, IV; **Kadamann,** Adalbertstr. 3, Hof I, sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften und an der Abfahrtsstelle **Café Alsen,** Vor dem Schlesischen Thor 2.
Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Teilnehmer, welche die Eisenbahn benutzen, bei der Fähre **für Kinder bis zu 12 Jahren nichts zu zahlen brauchen.**
290/18
Das Komitee.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C., [3762Ƨ*
30. Linien-Straße 30.

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Auskunft bis abends neun. [4539Ƨ*

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Prima Fahrräder, auch auf **Teilzahlung ohne Preiserhöhung** zu coulanten Bedingungen **unter Garantie.**
Wenig gebrauchte Räder auch auf Theilz. unter Garant. **Preise bedeutend ermäßigt.** Reparaturanstalt aller Systeme schnell und billig.
Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I, am Rosenth. Th.

Steppdecken
billigst in der **Fabrik** Oranienstrasse **158**
Katalog franco. **Emil Lefèvre,** Berlin S.

Von der Reise zurück 1153b
Dr. Joseph Löwenstein
Kl. Frankfurterstr. 5.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Am Sonntag, den 3. August 1902:
Gr. Dampfer-Partie
nach Hessenwinkel am Dämeritzsee.
Abfahrt morgens **Punkt 7 Uhr** von der Jannowitzbrücke **(Belvedere).**
Fahrkarten sind nur noch zu haben im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 11 und 12 in den Bureaustunden von 9—1 und 4—7.
Kollegen, welche gewillt sind, an dieser Partie teilzunehmen, werden ersucht, den Bedarf an Fahrkarten rechtzeitig decken zu wollen.
88/17* **Das Komitee.**

Achtung! Parkettbodenleger.
Dienstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Unsre Bewegung und wie halten wir unsre Errungenschaft fest? 2. Branchenangelegenheit. 3. Verschiedenes. Ganz besonders sind die Kollegen Kuppig, Claßen und Dahnke der Firma Schramm eingeladen.
Der Obmann.

Achtung! **Achtung!**
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Die Branchenversammlung findet erst am Mittwoch **nächster** Woche in Verbindung mit der Vertrauensmänner-Versammlung statt.

Landschinken	à Pfd.	**95 Pf.**
Speck, mager	"	75 "
Speck, fetter		70 "
Rotwurst	à Pfd. 50 Pf., bei 5 Pfd.	45 "
Thüringer Fleischwurst	à Pfd.	65 "
Thüringer Rotwurst	à Pfd.	55 "
Zwiebelwurst	à Pfd. 50 Pf., bei 5 Pfd.	45 "
Hallesche Zwiebelwurst	à Pfd.	55 "
Braunschweiger Leberwurst	"	65 "
ff. Kalbsleberwurst	"	75 "
Schlackwurst, weiche	"	85 "
Schlackwurst, halbhart	"	105 "
Schlack- und Salami, hart	"	125 "

E. Klähn, Oranienstrasse 154, Lindenstrasse 10.

Nordhäuser,
alten **(wie Cognac),** Ltr.-Fl. nur 1 M., Ia-Liqueure, Rum, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft, Ungarweine etc. in Ltr.-Fl. billigst bei **Carl Schindler,** Liqueurfabrik, nur **Chausseestr. 55.**

„Wanzenfeind in der Flasche" Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. | **„Mottenfeind im Beutel",** nur 5 Pf. | **„Schwabenfeind im Streu-Turm"** 25 50 Pf., 1,00
Unfehlbar sicher — Gesetzlich geschützt!
Allein-Verkauf: Fabrikant **Th. Schmiedel** Neue Königstr. 53, I. (beim Alexanderpl.)
Fernspr.: Amt 7a, 6331.
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 29. Juli, abends 8½ Uhr, bei Gleinert, Schulstraße 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **F. Kotzke** über: „Ist eine Regelung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf internationaler Grundlage möglich?" 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 248/16*

Gäste — auch Damen als Zuhörer — willkommen.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Socialdemokrat. Wahlverein für den Bezirk Rummelsburg.

Mittwoch, den 30. Juli, abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn C. Hahn, Hauptstr. 4:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 2. Bericht des Bibliothekars. 3. Ergänzungswahl zum Vorstande. 4. Wahl der Delegierten zur Kreiskonferenz. 5. Kommunales. 6. Verschiedenes. 8/7

Mitgliedsbuch legitimiert. Der äußerst wichtigen Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5, Telephon Amt 7 Nr. 353.

Mittwoch, 30. Juli, abends 8 Uhr:

Versammlung der Metallschleifer

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission über die Thätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission und des Branchenvertreters.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet das Erscheinen aller Kollegen. 118/8
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen, Mittwoch, den 30. Juli, abends 8½ Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

im großen Saale des „Gewerkschaftshauses", Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung. 3. Neuwahl der Rechtsschutz-Kommission. 4. Abrechnung von der Mai-Sammlung. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. 24/9

Das **vollzählige** und **pünktliche** Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

Am Mittwoch, den 30. Juli, abends 8½ Uhr, in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6/7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Kleinlein** über: „Entwicklung und Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung". 2. Diskussion. 3. Die Accordarbeit im Baugewerbe und ihre schädlichen Folgen. Referent Kollege **Gehl.** 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet 130/1
Der Vorstand.

Maler und Berufsgenossen

Berlins und der Vororte.

Donnerstag, den 31. Juli, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unser Lohntarif: „Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Innung."

Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. 124/14*
Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

Socialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer

August Nowack

im 60. Lebensjahre am 26. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Falkstr. 5 aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
232/11 **Der Vorstand.**

Danksagung. 11605

Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des Wahlvereins des 6. Kreises, die meinem Sohn, dem Kaufmann **Hermann Weicher** die letzte Ehre erwiesen haben, unsren innigsten Dank.
Die trauernden Eltern nebst Geschwist.

Danksagung.

Für die rege Teilnahme und für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, des Putzers

Fritz Loth

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie Kollegen, insbesondere dem Gesangverein der Putzer unsren herzlichen Dank. 11476
Die Hinterbliebenen.

Dr. Schünemann,
Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.**
½12—½3, ½6—½8.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 30. Juli 1902, abends 8½ Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße 23:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht des Bibliothekars. 4. Stellungnahme zu den in Nr. 13 des „Proletariers" veröffentlichten Anträgen zur Arbeitslosen-Unterstützung. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 64/15

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wird das bestimmte Erscheinen eines jeden Kollegen (Kollegin) erwartet. — Mitgliedsbuch legitimirt. **Die Ortsverwaltung.**

Etablissement Süd-Ost
75 Waldemarstrasse 75. 4695B*
Mehrere Sonnabende sind noch zur Herbstsaison zu vergeben.

Central-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 30. Juli, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal 1902. 2. Bericht der Ortsverwaltung; Bericht der Beschwerde- und der Bibliothekkommission; Bericht des Vergnügungs-Komitees. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Kommissionen. 4. Verschiedenes. 176/2

Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. **Die Ortsverwaltung.**

Fordern Sie in den Tabakhandlungen
Dänischen
Anker-Kautabak
Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Schleifen.
Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenzettel mit Anker befindet.
Generalvertreter: **C. Röcker,** Berlin, Grüner Weg 8, Amt 7, 3861

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Verwaltungsstelle Berlin. Fernsprecher: Amt VII, No. 353.

Montag, den 4. August 1902, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des zweiten Bevollmächtigten, des Rendanten, zweier Revisoren, zweier Beisitzer und eines Bureaubeamten. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Zu dieser Versammlung werden keine Laufzettel verschickt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
118/7 **Die Ortsverwaltung.**

Herren-Stoffe.
Räumungs-Ausverkauf!!!
Die Bestände unsres Ladengeschäfts
Spandauerstr. 33/35
werden wegen Aufgabe des Ladens bedeutend unter Preis ausverkauft. [4674B*
Brenner & Co.
Engros- und Versand-Lager jetzt: Königstr. 46 I.
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Reste spottbillig.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft sofort billig verkäuflich, voller Schank, wegen Verzug nach außerhalb. Raumlerstraße 33.

Materialwaren-, Obst- und Gemüsehandlung umständehalber zu verkaufen Bülowstraße 63. 11006

Plättanstalt, gut gehend, sofort billig zu verkaufen Rominternerstraße 2.

170 Quadratruten an gepflasterter Straße, Kolonie Hausfelde, Ostbahnvorort Fredersdorf, sind direkt vom Besitzer unter sehr günstigen Bedingungen billig zu verkaufen. Hausverwaltung Brunnenstraße 151. [*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11772*

Herrenanzüge. Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. 12156*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [11978*

Handtuch-Verleih-Institut liefert billig, gute Qualität, große Handtücher. Gebrüder Rosenthal, Spandauerstraße 47/48. Fernsprecher I 3614. Polierlappen Pfund 40 Pfennige.

Schleunigst verkauft Damen-Muschelschrank 25,00, Muschelvertikos 20,00, Muschelbetten, komplett 34,00, Trumeau 33,00, Ausziehtisch 15,00, Salontisch 10,00, Rohrlehnstühle 4,00, Zimmerstühle 2,50, Küchenmöbel, Betten, Stores, Gardinen 2,50, Schlagregulator 15,00, Plüschgarnitur 50,00, alles wie neu. Gekauftes kann bis Oktober stehen. Schönhauser Allee 101, im Restaurant. Lokal übernehmbar. 10346*

Grünkramgeschäft verkauft billig Hermsdorferstraße 11. †71*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82, I. †91*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 10066*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder. Saisonschlusses wegen unglaublich billig. Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. 10356

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, spottbillig. Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. 10356

Nähmaschinen, spottbillig. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 30,8*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Haarausfall, bewährtes Schutzmittel, Proben 0,50. Unübertroffene Haarfarbe, Proben 0,40. Winterfeldt, Chausseestraße 121. 11558

Restauration, kleine, schön eingerichtet, sortimentshalber billig zu verkaufen. Wostaszek, Gneisenaustraße 68.

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20 I. 1157/6

Restauration billig sofort verkäuflich. Zu erfragen Brauerei, Quitzowstraße 89. †71

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Raterteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 11868*

Die Beleidigung über Herrn Kosakowski nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. Wiaranowski, Oppelnerstraße 15. 11626

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 8985*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 12072*

Fahrradgesuch, Ratzlaff, Schönhauser Allee 163a. 119/8*

Metallbruch aller Art kauft Boderick, Oppelnerstraße 16. †1*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlosesse Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23, eine ganze Reihe von Sonnabenden sind noch zu Festlichkeiten an Vereine 2c. zu vergeben. 1218K*

Vereinszimmer. Ufer, Alte Jakobstraße 119. 1188K*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 1202K*

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung.

Rechtsbureau Adalbertstraße 22. Rechtshilfe, Raterteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 1142b

Rummelsburg. Empfehle bei Bedarf allen Genossen freundlichst mein von Frau Forgbert übernommenes Cigarrengeschäft, Prinz Alberstraße 5a, Bahnhof Ring-Rummelsburg. Otto John, früher in Ober-Schöneweide. 1151b

Wäsche, in und außerm Hause. Obst, Blumenstraße 51b. 1154b

Moxe Krause, Graveur, Forsterstraße, von der Reise zurück. †3

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 11646

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, separat, zwei Herren, Kommandantenstraße 51, vorn IV links. 10429*

Möbliertes Zimmer, separat, für Herrn, 9 Mark, vermietet Winter, Prinzenstraße 107, vorn IV. 11438*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstraße 54, Hof III, Witwe Rosenthal.

Möblierte Schlafstelle für zwei anständige Herren Bockstraße 15, Aufgang I, Fr. Hinz. 10529*

Ritterstraße 110 Schlafstelle bei Burdal. 1148b

Möblierte Schlafstelle (Herr) Naunynstraße 62, III. 1156b

Schlafstelle, Herrn, mit Kaffee 9 Mark, Prinzenstraße 8, Quergebäude IV. Hoffmann. 1140b

Belforterstraße 14 Schlafstelle. Witwe Adam. †61

Freundliche Schlafstelle für Genossen Näve Kottbuserbrücke, Plan-Ufer 96, vorn III, Bantleben. 1150b

Möblierte Schlafstelle Skalitzerstraße 1, Schön. 11615

Möblierte Schlafstelle. Diehr, Friedenstraße 97, vorn III, am Hain.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Kulmstraße 27, A. Gläser. *

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um leichte Beschäftigung. Seher, Oranienstraße 200 bei Priebusch. *

Buchdrucker-Invalide, 35, schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerbrücke 12.

Stellenangebote.

Tischler finden guten lohnenden Nebenverdienst. Offerten unter R. 3 Hauptexpedition dieses Blatt. 11445*

Bankpolierer auf Altenide-Waren verlangt Bergas Gebrüder, Schillingstraße 12. 11496

Geübter Ausschneider verlangt Goldleistenfabrik Reichenbergerstr. 88.

Mamselle auf Steppcapes im Hause verlangt Bock, Kastanien-Allee 50/51, IV. 10329*

Mamselle auf Jacketts verlangt Weise, Pücklerstraße 22. 10610*

20 Capes- und Paletot-Arbeiterinnen verlangt Fürstenwalderstraße 11B. †35

Geübte Gipserin verlangt Emil Stein, Ritterstraße 75. 11456

Mamselle im und außerm Hause auf bessere Paletots ohne Stepperei, 2—2,75, Brunnenstraße 139, Bruch.

13jähriges, großes, zuverlässiges Mädchen verlangt Winter, Muskauerstraße 27. 1141b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Maschinenarbeiter und Polirer:

A. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 43.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 59.
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Bethanien-Ufer 6.

83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Glasschleifer!

In der Werkstelle von **Arlt,** Dresdenerstr. 35, sind Differenzen ausgebrochen und ist deshalb die Firma streng zu meiden. Die Arbeitsvermittelung geschieht nur durch den Arbeitsnachweis. 11055
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Elektromonteure!

Wegen Lohndifferenzen ist die Firma **Hardegen u. Co., Elisabeth-Ufer Nr. 5/6.** für Elektromonteure gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten!
Die Lohnkommission.

20–25 Zimmergesellen

bei 65—70 Pf. Lohn pro Stunde sofort verlangt. 4717B*
O. Rückert,
Nieder-Schönhausen,
Lindenstr. 6/7.

Werkführer für süddeutsche Baubeschlagfabrik gesucht.

Eine süddeutsche Baubeschlägefabrik mit ca. 40—50 Arbeitern sucht einen in der Herstellung von eisernen Thür- und Fensterbändern, Garnieren, Riegeln 2c. durchaus bewanderten, tüchtigen Werkführer. Verlangt werden umfassende Kenntnisse in allen Preß-, Stanz- und Bauschlosserarbeiten, im Werkzeugbau, ferner energisches Auftreten, die nötige Umsicht und Pünktlichkeit. Nur solche Bewerber wollen sich melden, die eine langjährige Erfahrung und Thätigkeit in einschlägigen Fabriken besitzen, gute Zeugnisse aufweisen können und auf Lebensstellung reflektieren. Bei zufriedenstellender Leistung gutes Gehalt. Gefl. Offerten mit Angabe der Thätigkeit und Zeugnisabschriften zu richten unter Chiffre **S. M. 2737** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** 30/19.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.